

# Danziger Zeitung.

Nr. 19391.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethenburgergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Berlin, 2. März.** (Privattelegramm.) Dem „Börsen-Courier“ zufolge haben Graf Caprivi und Miquel das Manuscript der neulichen Kaiserrede, bevor sie gehalten wurde, eingesehen.

— Der „Aölnischen Volkszeitung“ zufolge ist eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung gegen die „Aölnische Zeitung“ wegen eines Artikels über die Kaiserrede eingeleitet worden. Die Berliner „Neuesten Nachrichten“ sind wegen Wiedergabe des Artikels der „Times“ über die Kaiserrede confiscirt worden.

— Die „Nationalzeitung“ meint: Der Verfasser der (in unserer heutigen Morgenausgabe wiedergegebenen) Mittheilung des „Reichsanzeigers“ mißt den Rundgebungen aus den Arbeiterkreisen eine besondere Bedeutung bei. Hoffentlich giebt es in der Umgebung des Kaisers Personen, welche darüber eine richtigere Auffassung haben und vertreten.

— Die „Börsenzeitung“ will wissen, der Kaiser habe sich gegenüber dem Professor Bramann sehr anerkennend (?) über den Inhalt der Eingabe der Hallenser Professoren gegen das Schulgesetz geäußert.

— Die „Börs. Ztg.“ schreibt: Die Untersuchung der von Dr. Peters eingeleiteten Proben über seine Galpeterlagerbedingungen hat ergeben, daß nicht Galpeter sondern gewöhnliches Natron vorliegt.

**Petersburg, 2. März.** (Privattelegramm.) Die Ernennung Wittes zum Verweser des Bauen- und Verkehrsministeriums bedeutet einen glänzenden Sieg Wyshnegradskis. Die Blätter erwarten einen gänzlichen Umschwung im Eisenbahnwesen in technischer Beziehung. Das Tarifwesen soll ganz dem Finanzminister zufallen.

## Politische Uebersicht

Danzig, 2. März.

### Die Beschlußunfähigkeitssalamität im Reichstage.

Eine bessere Illustration der Mißstände, welche die mangelhafte Erfüllung der parlamentarischen Pflichten seitens der überwiegenden Mehrheit des Reichstages hervorruft, als die gestrige Sitzung, ist kaum denkbar. Daß die Debatte über den Antrag der Budgetcommission, die erste Rate für den Bau der Kreuzercorvette K abzulehnen, noch den größeren Theil der Sitzung in Anspruch genommen hat, wird dem naiven Leser des Berichtes vollkommen unverständlich sein. Der wirkliche Grund, welcher den Präsidenten zwang, den Rednern freien Lauf zu lassen, und die Mitglieder abhielt, Anträge auf Schluß der Debatte zu stellen, war nur der, daß jeder Antrag dieser Art den Verhandlungen ein Ende gemacht haben würde. Das Haus war aber von Anfang der Sitzung an nicht beschlußfähig. Ein Antrag auf Schluß der Debatte würde sofort den Antrag auf Auflösung nach sich gezogen haben und dann wäre die Sitzung zu Ende gewesen. In der Geschäftsordnungsdebatte vom Tage vorher ist bekanntlich gerade von conservativer Seite aus, in erster Linie von dem Abg. v. Helldorf der Mangel an Pflichtgefühl bei den Mitgliedern des Hauses betont worden. Um so auffälliger mußte es erscheinen, daß gestern lange nach Beginn der Sitzung die Bänke der conservativen und der Reichspartei fast völlig leer waren; während der Rede Bollmars zählten wir, schreie uns unser Berliner „Correspondent“, vier Anwesende. Auch das Centrum zeigte große Lücken, während die linke Seite verhältnißmäßig gut besetzt war.

Daß unter diesen Umständen der Rest des Marinetats überhaupt erledigt werden konnte, erklärt sich nur daraus, daß bei der Gruppierung der Parteien niemand an einer Auszählung des Hauses ein Interesse hatte. Centrum, Freisinnige, Volkspartei und Socialdemokraten, d. h. die Parteien, die unter allen Umständen an dem Beschluß der Budgetcommission festhalten wollten, bilden ja zweifellos die Mehrheit des Hauses, und das Centrum hatte sich eine nochmalige Erwägung bezüglich der Bewilligung der Kreuzercorvette K bis zur dritten Lesung vorbehalten. Bei der einzigen bestrittenen Position, den neuen Trocken-docks in Kiel, bezüglich deren von den Conservativen ein Antrag auf Bewilligung vorlag,

## Stadt-Theater.

\* Der 20. Aufführung des „Cavalleria rusticana“ folgte gestern ein neues vieraktiges Schauspiel: „Unser zweiter Sohn“ von Emil Jonas — ein höchst wunderbares Gebilde, wie wir solches doch nur ganz selten auf der Bühne gesehen haben. Es ist offenbar der erste Versuch eines Dilettanten, der viele Stücke gelesen hat oder hat spielen sehen, und was ihm davon im Gedächtniß hängen geblieben ist, für ausreißend hält, um daraus ein neues Stück zu componiren. Aber aus solch mechanischer Zusammenfügung entsteht doch niemals ein organisches Ganze. Beinahe jede der Figuren zeigt in jedem Akt ein anderes Gesicht. Bei allem Nachdenken ist es uns nicht gelungen, zu errathen, was der Verfasser eigentlich gemollt hat. Der zweite Sohn einer reichen und abelsitzigen Familie wird von dieser als verlorener Sohn angesehen. Aber weshalb? Kann ihm

war das Stimmverhältniß auch nicht zweifelhaft. Von nationalliberaler Seite suchte man durch den Antrag auf Zurückverweisung der Position an die Budgetcommission zu vermitteln; aber da das Centrum darauf nicht einging, war die Ablehnung des Antrags selbstverständlich.

Bei allen diesen Abstimmungen konnte der Präsident demnach über die notorische Beschlußunfähigkeit des Hauses hinweggehen. Anders gestaltete sich die Sache, als die Beratung des Telegraphengesetzes fortgesetzt werden sollte. Neulich war das Haus in der Abstimmung über die Anträge zu § 7 stehen geblieben. Die erste Abstimmung über den Antrag v. Bar hatte die Beschlußunfähigkeit ergeben und zugleich festgestellt, daß die Freunde und die Gegner des Antrages nahezu gleich stark waren. Eine sozusagen symbolische Abstimmung war also in diesem Falle unmöglich und die selbstverständliche Auszählung stellte, wie schon gemeldet, die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest. Die Beratung des Telegraphengesetzes konnte also nicht stattfinden. Damit kommt das Telegraphengesetz auf dieselbe Liste der Rückstände wie der Antrag v. Bar betreffend die gesetzliche Regelung des Auslieferungswesens, über dessen geschäftliche Behandlung sich das Haus bei der chronischen Beschlußunfähigkeit nicht schlüssig machen kann.

Mit einer Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer von 199 auf 100, welche am Montag Herr v. Bennigsen zur Sprache brachte, wäre natürlich auch nicht geholfen. Jetzt, wo zu einem bestrittenen Beschluß die Anwesenheit von 199 Mitgliedern erforderlich ist, beträgt die Zahl der Anwesenden in der Regel unter dem Niveau der Beschlußfähigkeit; wird die Zahl auf 100 ermäßigt, so werden zweifellos bei den zweiten Lesungen gegen 100 Mitglieder anwesend sein; die Einen verlassen sich immer darauf, daß die Anderen anwesend seien und das Resultat ist, daß die Zahl der Anwesenden nicht reicht.

Abzuhelfen wäre diesem Zustande nur, wenn die Dauer der Session ein für allemal festgesetzt würde und auch die Regierung davon Abstand nähme, zu einer Zeit, wo der Reichstag bereits nach dem Ende der Verhandlungen sucht, immer neue Vorlagen einzubringen. Dem Trunksuchtsgesetz, den militärischen Geheimnissen ist gestern die lex Heinze gefolgt; das Auswanderungsgesetz und das Weingesez sind noch im Bundesrath, werden aber voraussichtlich bald folgen und wenn alle diese Vorlagen noch erledigt werden sollen, so kann die Session noch einmal von neuem beginnen. Diese Art der Behandlung der Geschäfte wäre auch bei einem Reichstage mit Diäten auf die Dauer kaum möglich. Es mag ja ganz gut sein, daß Gesetze dieser Art auch noch in der zweiten Hälfte der Session eingebracht werden, aber man muß dann von vorn herein wissen, daß die Vorlegung nur auf Probe und zur Information, zur Vorbereitung auf die nächste Session erfolgt. Bei wichtigen, tief einschneidenden Vorlagen, wie das Volkschulgesetz ist, würde der Reichstag ebenso wohl beschlußfähig sein, wie das Abgeordnetenhaus, selbst wenn die Mitglieder desselben keine Diäten erhielten; aber Vorlagen dieses Kalibers bilden — glücklicher Weise — nicht die Regel. Ueberdies aber kommt für den Reichstag in Betracht, daß eine erhebliche Zahl der Mitglieder durch das Zusammenfallen nicht nur mit dem preussischen Landtage, sondern namentlich auch mit den Landtagen der süddeutschen Staaten fern gehalten wird und dieser Uebelstand kann nur beseitigt werden, wenn eine Verständigung dahin erzielt wird, daß während der für den Reichstag reservirten Zeit die Einzellandtage nicht tagen sollen.

## Die lex Heinze.

Die gesetzgeberischen Vorschläge, die durch den an die Verhandlungen des Projectes Heinze anknüpfenden, im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Erlaß des Kaisers an das Staatsministerium vom 22. Oktober 1891 angeregt worden, sind nunmehr, wie schon kurz gemeldet, dem Reichstage zugegangen. Wie in der Begründung bemerkt wird, soll das Gesetz zunächst dem Umfassen der sogenannten Zuhälter, dessen Umfang und Gemeingefährlichkeit in dem bezeichneten Projecte besonders auffällig geworden sei, entgegenarbeiten. Zu diesem Zwecke ist eine Verschärfung der sogenannten Ruppelaparagraphen (§§ 180 und 181 des St.-G.-B.) in Vorschlag gebracht, einmal, indem das Minimum der Gefängnisstrafe in § 180 auf einen Monat festgesetzt und in § 180 sowohl wie in § 181 neben der Verurtheilung zu Gefängniß bzw. Zuchthaus eine Geldstrafe von 150—6000 Mk. zugelassen wird. Von großer Bedeutung ist der vorgeschlagene Zusatz zu § 180, der folgende Fassung haben soll:

Die Vermietung von Wohnungen an Weibspersonen, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt sind, bleibt straflos, wenn sie unter Beobachtung der hierüber erlassenen polizeilichen Vorschriften erfolgt.

Damit ist der durch das Reichsgericht aufgestellte Grundsatz beseitigt, daß das Vermietten von Wohnungen an Prostituirte aus § 180 strafbar ist, selbst wenn die Vermietung mit Genehmigung der Polizeibehörde erfolgt und kein anderer Vortheil, als der an sich angemessene Miethszins vorbedungen ist. Dieser Grundsatz hat, nach der Begründung, nur eine größere räumliche Zerstreuung der Prostituirten über die denselben früher seitens der Polizeibehörden bestimmten Stadtgegenden hinaus hervorgerufen, da sie in ihren gewohnten Stadtvierteln vielfach Wohnungen nicht mehr erhielten. Diese Zerstreuung habe zur Folge gehabt, daß keine Stadtgegend vor dem anfänglichen öffentlichen Auftreten der Lohndirnen geschützt ist, deren auffälligem Treiben zur Nachtzeit und in zahlreichen öffentlichen Lokalen nicht mit Erfolg entgegengetreten werden kann, so lange sie in allen diesen Gegenden ihre Wohnungen und Absteigequartiere besitzen. Dadurch werde auch die polizeiliche Beaufsichtigung erschwert. Ferner wird daraus auch die heilige Verbreitung und Gefährlichkeit des Zuhälterthums hergeleitet, da die vereinzelt vorhandenen, mancherlei Angriffen und Beeinträchtigungen ausgehenden Dirnen durch ein „natürliches Schutzbedürfniß“ darauf hingewiesen werden, sich eine Stütze im Zuhälter zu suchen. Der neue § 180 soll bezüglich der offenen Prostitution zunächst den Mißstand hinsichtlich der Erlangung von Wohnungen beseitigen und zugleich die Möglichkeit gewähren, an solchen Orten, in denen dies durch die lokalen Verhältnisse geboten erscheint, die Prostituirten durch polizeiliche Anordnungen auf bestimmte Stadttheile zu beschränken, sie auf diese Weise wirksamer zu überwachen und das Zuhälterthum einzudämmen. Die officielle Wiedereinführung der eigentlichen Bordelle scheint also nicht beabsichtigt zu sein, wohingegen Privatbordelle errichtet werden können, da eben das Vermietten an Prostituirte, also auch an mehrere zugleich, unter Beobachtung der polizeilichen Vorschriften straflos ist. Also doch die sogenannte Restraint der Prostitution bei um so strengerer Unterdrückung der Prostitution im übrigen.

Die Bestrafung der Zuhälter als solcher soll durch eine neue Bestimmung (§ 181 a) ermöglicht und zwar ist der Begriff Zuhälter werden, juristisch dahin definiert: „Eine männliche Person, welche von einer Weibsperson, die gewerbsmäßig Unzucht treibt, ganz oder theilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder welche einer solchen Weibsperson gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz in Bezug auf die Ausübung des unzüchtigen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst förderlich ist.“ Als Strafe wird, wie bei der Ruppel, Gefängniß nicht unter einem Monat angedroht. Neben der Gefängnisstrafe kann auch auf Ueberversion an die Landespolizeibehörde gemäß § 362 des St.-G.-B. erkannt werden, „da erfahrungsmäßig die durch diese Ueberversion bedingte Unterbringung in ein Arbeitshaus von arbeitsscheuen Individuen der hier in Betracht kommenden Art am meisten gefürchtet wird.“

Eine weitere Verschärfung des Strafgesetzbuchs ist im § 184 beantragt. Bisher ist nur der Verkauf, die Vertheilung oder sonstige Verbreitung und das öffentliche Ausstellen und Anhängen unzüchtiger Schriften, Abbildungen oder Darstellungen mit Strafe bedroht.

„Strafbedrohlich, sagt die Begründung, kann also erst eingeschritten werden, wenn eine Verbreitung bereits erfolgt ist. Dieser Zeitpunkt ist nicht richtig bemessen; es muß ein Eingreifen schon in einem früheren Zeitpunkt ermöglicht werden, um die Verbreitung hindern zu können.“

Deshalb erklärt der Entwurf schon denjenigen für strafbar, der Producte der bezeichneten Art „zur Verbreitung herstellt oder zur Verbreitung im Besitz hat.“ Während bisher Anknüpfungen und Anpreisungen unzüchtiger Druckschriften u. s. w. nur insoweit strafbar waren, als sie selbst ihren Inhalt nach als unzüchtig anzusehen waren, bedroht der Entwurf auch denjenigen mit Strafe, der die bezeichneten Gegenstände „ankündigt oder anpreist“ und zwar zum Zweck der Verbreitung, also gewissermaßen „geschäftsmäßig“. Im übrigen soll auch schon das bloße Feilhalten die Strafbarkeit begründen. Strafbar soll ferner sein, „wer durch Ankündigung von Druckschriften unzüchtige Verbindungen einzuleiten sucht“, was sich nach dem Vorgang des österreichischen Strafgesetzbuchs gegen gewisse Anzeigen in öffent-

lichen Blättern, „welche neuerlich aufgekommene sind“ und Anstoß erregt haben, richten soll. Endlich soll auch strafbar sein, „wer an öffentlichen Straßen oder Plätzen Abbildungen oder Darstellungen ausstellt oder anhängt, welche, ohne unzüchtig zu sein, durch gröbliche Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls Aergerniß zu erregen geeignet sind.“ Die Ausstellung solcher Darstellungen in Ausstellungen zum Zweck der Beschäftigung oder des Verkaufs soll aber damit nicht getroffen werden. Die Strafe des § 184 ist durch Erhöhung des Maximums von 300 auf 600 Mk. und die Androhung von Gefängnisstrafe an erster Stelle und die Möglichkeit der Verbindung beider Strafen geschärft. Ist die Handlung gewerbsmäßig begangen, so tritt Gefängniß nicht unter 5 Monaten und Geldstrafe bis 1500 Mk. ein.

Ein neuer § 16a soll also lauten: „Bei der Verurtheilung zu Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe kann, wenn die That von besonderer Rohheit oder Sittlosigkeit des Thäters zeugt, auf Verschärfung der Strafe bis auf die Dauer der ersten sechs Wochen erkannt werden. Die Verschärfung der Strafe besteht darin, daß der Verurtheilte eine harte Lagerstätte und als Nahrung Wasser und Brod erhält. Die Verschärfungen können einzeln oder vereinigt angeordnet werden und kommen an jedem dritten Tag in Wegfall. Auch kann auf eine mildere Vollstreckungsweise erkannt werden. Die Strafverschärfungen sind auszusetzen, wenn und so lange der körperliche Zustand des Verurtheilten den Vollzug nicht zuläßt.“

In der Begründung heißt es: Der Entwurf dürfte mit diesem Vorschlage einem im Volke lebhaft empfundenen Bedürfnisse entgegenkommen und der Zustimmung weiterer Kreise sicher sein, indem er es unternimmt, Freiern der bezeichneten Kategorien auch in der Art der Bestrafung die ganze Schwere ihrer Aufhebung gegen Ordnung und Sittlichkeit, sowie den kräftigen Willen des Gesetzgebers zu zeigen, diese Aufhebung zu brechen. Es werden nach der vorgeschlagenen Begriffsbestimmung neben den Zuhältern und Supplern beispielsweise der Strafverschärfung verfallen: die zahlreichen Raufbolde, welche auf öffentlicher Straße rohe Schlägereien beginnen, harmlose Passanten beschimpfen, Frauen wörtlich oder thätlich angreifen, ferner die sog. „Meßerhelden“, diejenigen, welche in der Öffentlichkeit durch unzüchtige Reden oder Handlungen Aergerniß erregen, wie andere mehr, auf deren That die Merkmale der besonderen Rohheit und Sittlosigkeit zutreffen.

Charakteristisch Weise beruft sich die Begründung auf „ähnliche, nur etwas weitergehende Bestimmungen“ des Militärstrafgesetzbuchs.

Der Strafe des § 16a sollen außerdem die zur sogenannten qualifizirten Haft Verurtheilten (§ 361 Nr. 3—8), Landstreicher, Bettler, Spieler, Trunkenbolde u. s. w. unterliegen. Prostituirte sind bis zu zwei Jahren in einer Besserungs- oder Erziehungsanstalt unterzubringen. Die Ausführungen des kaiserlichen Erlasses bezüglich der Vertheidiger, „die dem Unrecht selbst durch frivole Mittel zum Siege verhelfen oder die Würde des Gerichtshofes verletzen“, haben zu gesetzgeberischen Vorschlägen nicht geführt. Es ist auch nicht angezeigt erschienen, die Öffentlichkeit des Verfahrens noch schärfer zu begrenzen, als das schon durch das Gesetz vom 5. April 1888 geschehen ist. Man will sich damit begnügen, dem § 173 des Gerichtsverfassungsgesetzes folgenden Zusatz zu geben:

„Soweit die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen wurde, kann, falls eine Gefährdung der Sittlichkeit zu befürchten ist, durch Beschluß die öffentliche Mittheilung aus den Verhandlungen oder aus einzelnen Theilen derselben unterjagt werden.“

Wer die Schweigepflicht durch unbefugte Mittheilung verletzt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.

## Uebereinkommen zwischen Deutschland und der Union.

Zwischen dem deutschen Reich und den vereinigten Staaten von Nordamerika ist am 15. Januar in Washington ein Uebereinkommen über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte abgeschlossen worden. Bei dem Abschluß des Uebereinkommens konnte, bemerkt dazu der „Reichsanz.“, für Deutschland nicht in Frage kommen, nach Analogie der deutschamerikanischen Uebereinkommen geschlossenen Literarconventionen einen Versuch zu einer vertragsmäßigen Abänderung der inneren Gesetzgebung Nordamerikas zu machen, nachdem diese durch die sog. Copyright Act im vorigen Jahre eine endgültige Regelung erhalten hat. Vielmehr konnte allein eine gegenseitige Zusage nach der Richtung erstrebt werden, daß die nordamerikanischen Staatsangehörigen in Deutschland einen mit den Inländern gleichen Schutz ihrer Urheberrechte und dafür die Reichsangehörigen in den Vereinigten Staaten den Schutz der Copyright Act genießen sollen. Dies ist mit dem Uebereinkommen erreicht und

Flug nehmen. Einige Male war es nahe daran, daß sehr ernst gemeinte Stellen erheiternd gewirkt hätten.

Wir bedauern unsere Schauspieler, daß sie so viel Mühe und Fleiß auf dies Stück haben verwenden müssen. Ganz besonders machte sich Hr. Körner (Siegfried) verdient und erhielt auch viele Zeichen der Anerkennung. Ihre Schuldigkeit thäten alle, namentlich die Damen Werra (Leonine), Banciu (Hedwig), Seebach (Cuisse), A. Calliano (Agnes) und die Herren Maximilian (Baron Brenner), Schreiner (Schumann), Hub (Bringsheim). Hr. Höpfel (v. Adler) stand der starke unerbittliche Vater und Hausvater in den ersten Akten nicht recht zu Gesicht; aber schließlich erfahren wir ja zu unserer Ueberraschung, daß der alte Herr — freilich erst, nachdem er auf den Kopf gefallen — ein recht lebenswürdiger Mann ist.

sprechender Freund, welcher letztere mit der Mutter ein jähliches Verhältniß angeknüpft hat, dabei ertappt, sich plötzlich in einen Freier der Tochter verwandelt, im Grunde aber beide nicht, sondern vielmehr das Vermögen des Alten liebt, und folgerichtig verschwindet, als dieses in die Brüche zu gehen droht. Erst während der zwei Monate, die der letzte Zwischenakt darstellt, hat sich Held Siegfried in einen so energischen Geschäftsmann verwandelt, daß er nun das väterliche Vermögen aus der Krise, in die es gerathen, glücklich wieder herausbringt. Wir werden uns hüten, dem Leser alles zu erzählen, was wir gestern gesehen und gehört haben. Wir beschränken uns auf die Bemerkung, daß dies dramatische Ragout eigentlich auch in allen möglichen Gattungen geschrieben ist; manchmal klingt es an eines der modernen socialen Stücke an, manchmal an das Volksstück, zuweilen an die Posse und dann auch wieder will es einen höheren



komit eine Gleichstellung Deutschlands mit einer Reihe anderer europäischer Staaten herbeigeführt worden. Das Uebereinkommen ist bereits dem Bundesrath zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Die Convention ist bekanntlich die Folge einer Anregung, die der Abgeordnete v. Stauffenberg neulich im Reichstage in Form einer Interpellation gegeben hat.

### Interparlamentarische Konferenz in Bern 1892.

Nach dem Beschluss der interparlamentarischen Friedenskonferenz in Rom soll die nächste Sitzung derselben in diesem Jahre in Bern stattfinden. Wie der „Lib. Cor.“ aus Bern mitgeteilt wird, hat der Vollziehungsausschuss der schweizerischen parlamentarischen Gruppe für schiedsgerichtliche Erledigung der Kriegsfälle und für den Frieden (Präsident Nationalrath Gobat, Vicepräsident Nationalrath Sitt, Schriftführer Nationalrath Stöckli, Nationalrath Badler und Ständerath Lienhard) folgende Beschlüsse gefasst:

1) Die Konferenz wird Montag, 29. August 1892, Vormittags, eröffnet und dauert bis zum 1. September; dieser letzte Tag ist für einen Ausflug in Aussicht genommen. Es werden Vor- und Nachmittags Sitzungen gehalten.

2) Folgende Verhandlungsgegenstände werden vorläufig und unter dem Vorbehalt, dieselben allenfalls zu ergänzen und auf die einzelnen Tage zu vertheilen, aufgestellt:

a. Berathung und Anträge über die Einrichtung und Organisation eines internationalen Schiedsgerichts;

b. Motion Pandolfi betreffend eine Föderation der europäischen Staaten, als Mittel zur Erhaltung des Friedens;

c. definitive Organisation des jährlichen Bureaus der interparlamentarischen Konferenz (Ziff. II. der in Rom gefassten Beschlüsse);

d. Organisation des permanenten Centralbureaus und des Generalsecretariats;

e. Bericht des Generalsecretärs über seine Thätigkeit im Jahre 1891/92;

f. allfällige Anregungen und Motionen von parlamentarischen Landesgruppen; dieselben müssen bis spätestens 1. Juli 1892 dem Berner Comité mitgeteilt werden und es behält sich letzteres das Recht vor, solche Anregungen und Motionen zur Berathung zuzulassen oder nicht.

Alle Verhandlungsgegenstände werden durch vom Ausschuss beauftragte Referenten eingebracht.

3) Zur Tagesordnung auf den Eisenbahnen wird gefasst:

Es ist den verschiedenen parlamentarischen Landesgruppen überlassen, auf nicht schweizerischen Bahnen Ermäßigungen zu erwirken. Adresse für Mittheilungen und Anfragen: Nationalrath Dr. Gobat, Bern.

### Die norwegische Consulsfrage.

Im norwegischen Storting stand heute die Consulsfrage zur Berathung. Der Staatsminister Sten erklärte, er bezweifle nicht, dass diese Angelegenheit geregelt werden könne; ihre Regelung wäre aber zu theuer erkauft, wenn sich damit das Präjudiz verbinde, dass alles, was in irgend einer Weise Schweden betreffe, der Selbstbestimmung Norwegens entzogen und der Entscheidung einer gemeinsamen Institution unterworfen werden sollte.

### Der Bergarbeiterstreik in England.

der am 12. März ausbrechen wird, wirft seine Schatten voraus. In London sind bereits gestern die Kohlenpreise auf dem Pecham-Kne-Depot um 2 Sch. per Tonne gestiegen. Die Eigentümer der Kohlenzechen weigern sich, Aufträge entgegenzunehmen. Die Vorräthe sind sehr gering. Der Londoner Correspondent des „Manchester Courier“ meldet, dass angesichts der voraussichtlichen allgemeinen Arbeitslosigkeit der englischen und schottischen Kohlenarbeiter die Londoner Gasgesellschaften sich nach dem Continent gewendet haben. Während der letzten Tage wurden verschiedene Agenten nach den Hauptkohlenbezirken Deutschlands und Belgiens abgeordnet, um Lieferungen von einigen tausend Tonnen Kohlen, welche zu bestimmten Terminen in London abgeliefert werden müssen, abzuschließen. Der größere Theil derselben wird auf britischen Schiffen nach der Themse verladen werden. Die betreffenden Verträge sind bereits abgeschlossen.

### Loubets Programm.

Der französische Ministerpräsident hat gestern den Inhalt des Programms festgestellt, der morgen in den Kammern verlesen werden soll. Die Regierung wird erklären, sie sei gewillt, das Concordat aufrecht zu erhalten, aber von dem Clerus Gehorsam vor dem Gesetz zu fordern. In auswärtigen Angelegenheiten werde sie die Politik des letzten Cabinets fortsetzen, namentlich in Bezug auf Rußland. Die Handelspolitik werde sich nach dem Votum des Parlaments richten, doch werde sich die Regierung bemühen, die kommerziellen Beziehungen zur Schweiz, Spanien und Belgien zu verbessern, ohne allerdings die Weingölle herabzusetzen.

Die Confians freundlich gesinnte Presse kündigt an, mit Enthaltungen vorgehen zu wollen. So soll eine geheime Correspondenz zwischen Frenzel und Hofeinstellung veröffentlicht werden, deren Copien Confians angeblich besitzen soll. Confians sei der französische Botschafterposten in London angeboten worden, er habe aber schroff abgelehnt.

### Anarchistisches in Spanien.

Die spanischen Blätter veröffentlichen alltäglich Berichte aus verschiedenen Städten über neue anarchistische Projekte. So wird aus Bilbao telegraphisch berichtet, dass eine „fremde Person“ in der dortigen Hauptkirche eine mächtige Wackkerke als Weihenhehne darbrachte, die vor dem Altar der heiligen Jungfrau verbrannt werden sollte. Ehe die Ceremonie stattfand, bemühte sich der Küster vergebens, die Kerze anzuzünden. Als ihm dies trotz aller Versuche nicht gelang, nahm er die Kerze mit sich in die Sacristei und zerbrach sie. Der Küster constatirte nunmehr, dass die Kerze zwei Dynamitpatronen und eine größere Quantität Pulver enthielt. Die Madrider Blätter veröffentlichen Telegramme über diesen Vorgang, wie denn auch berichtet wird, dass in Andalusien die Fährung unter der ländlichen Arbeiterbevölkerung fortbauert. Die anarchistischen Vorberänge in Kereze wirken immer noch nach, namentlich auch in Catalonien, wo wiederum eine fährliche Verschwörung entdeckt worden ist, wie folgendes Telegramm berichtet:

Barcelona, 2. März. (W. Z.) Wegen einer gestern entdeckten anarchistischen Verschwörung, welche bezweckte, ein Consulatgebäude in die Luft zu sprengen, wurden im ganzen vier Personen verhaftet. Die Polizei beschlagnahmte zahlreiche Schriftstücke.

### Attentatsgerüchte in Petersburg.

In der russischen Hauptstadt an der Newa circuliren neuerdings Gerüchte, dass bei dem Eisenbahnzug des Großfürsten Constantin ein Attentat gegen den Zaren geplant war, welches noch rechtzeitig entdeckt wurde; sowohl in Petersburg wie in Padowinsk sollen viele Studenten und Offiziere verhaftet und wichtige Schriftstücke beschlagnahmt worden sein. Der Selbstmord zweier Offiziere soll ebenfalls mit dem Attentat in Verbindung gebracht werden.

### Milan und Natalie.

Der radicale Club in Belgrad hat, wie verlautet, außer der Cabinetsfrage auch die Declaration Milans und die Einbringung einer Resolution berathen, nach welcher die Königin Natalie auf Verlangen Milans und auf Grund der Verdienstleistung Milans ebenfalls aller Rechte als Mitglied des Königshauses für immer verlustig erklärt und ihr der Besuch Serbiens für immer verboten werden soll. Die Verdienstleistung Milans und die Resolution sollen in der heutigen Sitzung der Skupschtina zur Vorlage kommen.

### Die Ministerkrisis in Griechenland.

An der gestrigen Sitzung der griechischen Kammer nahmen nur Anhänger des Ministeriums Delannais Theil. Die Kammer ertheilte demselben ein Vertrauensvotum. Trihupis, der Führer der Opposition, hat die Bildung eines neuen Cabinets abgelehnt. Es wird deshalb die Bildung eines neuen Cabinets durch Konstantinopulo erwartet. Das Soldagio ist heute um 5 Proc. gefallen.

### Reichstag.

184. Sitzung vom 1. März.

Fortsetzung der Verhandlung über die Titel 14—19 des Extraordinariums des Marineetats, speciell über die von der Budgetcommission empfohlene Abhebung der ersten Rate von 2 Mill. Mk. zum Bau der Kreuzerkorvette „K“.

Abg. v. Stumm (Rp.): Zwischen den Herren Richter und Richter scheint in dieser Frage ein Widerspruch zu bestehen. Während Hr. Richter der Marine sogar nur eine tertiäre Rolle zuweisen will, war Hr. Richter der Ansicht, dass schon das Erscheinen eines Kriegsschiffes genüge, um Feindseligkeiten gegen unsern Handel zu veranlassen. Wir sind der Ansicht, dass auch ohne das sozialpolitische Nothum, das vom Regierungsrath beigebracht ist, diese Forderung für die Corvette „K“ notwendig und nützlich ist.

Abg. v. Böttmer (Soz.): Zweifelslos ist, dass auch ohne diese Corvette bereits viel zu viel in diesjährigen Marineetat bewilligt ist. Bei Bewilligung des Nordsee-Kanals verfährt man uns die Ersparnis einer ganzen Flotte, und jetzt hört man schon sprechen von einer Flotte, die nötig sei zum Schutze des Kanals. Genau so war es mit Helgoland. Zuerst sollte es uns Schiffe sparen, und jetzt kostet es uns Millionen. Vom Regierungsrath aus ist ja auch das unbewachte Wort von der Schiffsflotte ersten Ranges gefallen, die geschaffen werden müsste. Wenn nun andere Parteien trotz aller Versprechungen bei den Wahlen dies alles mitmachen wollen, so ist es umsonst unsere Pflicht, den stärksten Widerstand zu leisten. Wie lange soll denn die Pumpwirtschaft fortgehen? Ein großer Theil der laufenden Ausgaben wird ja fortgesetzt auf den Pump angewiesen. Hr. v. Bennigsen ist ja freilich mit dem Ausfall unserer letzten Anleihe zufrieden, indem er auf Ausland verwies. Sind wir schon so weit herunter gekommen, dass nur der Vergleich mit dem finanziell schlechtesten Staat uns trösten kann? Jede neue Anleihe, die wir machen, wird ein immer schlechteres Ergebnis haben und schließlich zum offenen oder scheinenden Bankrott führen. Die Kreuzer sollen nothwendig sein zum Schutze des Handels. Die Aushebung des Handels kann nicht abhängig sein von der Anzahl der Schiffe und Kanonen in den einzelnen Häfen, sondern von der moralischen Machtstellung und der Beliebtheit des Landes. Die deutsche Handelsflotte hat ja einen außerordentlichen Aufschwung genommen, als wir noch keine nennenswerthe Marine hatten. Frankreich mit seiner weit größeren Kriegsschiffsflotte hat einen nicht so ausgebreiteten Handel wie Deutschland. Dieser Grund ist also nicht stichhaltig. Der Reichshändler hat uns nun einen ganz neuen Grund für die Bewilligung angeführt. Es ist schon gestern darauf hingewiesen, wie eigentümlich es ist, dass gerade jetzt erst der Regierung die Augen über den Nothstand der Arbeiter aufgehen. Die Hunderttausende von Petitionen um Aufhebung der Getreidezölle hat sie nicht beachtet. Jetzt erst bringt der eine Brief des bewährten Arbeiterfreundes Hrn. v. Puttkamer diese Erleuchtung. Es ist ja natürlich sehr bedauerlich für die arbeitslosen Arbeiter des Vulkan, aber wenn Sie das Vorhandensein der Noth dieser paar Hundert als genügenden Grund ansehen, um das Schiff zu bewilligen, welchen Weg gehen Sie dann? Ueber kurz oder lang wird die neue Gewerkschaft fertig sein, wird die neue Munition fertig gestellt sein, wollen Sie dann, nur um die Arbeiter nicht auf die Straße zu setzen, neue Gewehre, neue Kanonen weiter herstellen lassen? Der Kanonenhändler kann dann mit demselben Recht kommen wie der Vulkan. Uebrigens steht das Bestehen eines Werkes wie der Vulkan in sehr indirectem Zusammenhange mit den Arbeitern, die Hauptfache ist die Vermehrung der Diwidenzen. Das Verhalten der Nationalliberalen darf nicht Wunder nehmen; ebensovien das des Centrums, obgleich dieses in seinem Wahlprogramm die allergrößte Sparlichkeit zu versprochen. Aber bis zu den nächsten Wahlen ist es ja noch weit, jetzt machen Sie den Nationalliberalen den bekannten Sprung von der zweiten auf die dritte Lesung nach. Wir verlangen aber, dass Sie die Gründe ihres Verhaltens offen sagen, und sich nicht hinter diesem sozialpolitischen Vorwand decken, den Niemand im Hause ernst nimmt. Wir sehen es als unsere Pflicht an, entchiedenen Einspruch dagegen zu erheben, dass man jetzt die Noth der Arbeiter als Vorwand benutzt zu militärischen Zwecken.

Abg. Barth (freis.): Der Versuch des Hrn. v. Stumm, einen Gegenstand zwischen den Abg. Richter und Richter zu confutiren, ist vollständig misslungen. Hr. Richter hat allerdings den Kreuzer für den Krieg nur eine tertiäre Bedeutung beigegeben. Damit steht aber nicht in Widerspruch, dass der Kreuzer „Alabama“ dem nordamerikanischen Handel einen großen Schaden zugefügt hat. Er hat ja den Gang des Krieges in keiner Weise zu ändern vermocht. Die Zerstörung von Privateigentum hat für die Entwicklung eines Krieges gar keine Bedeutung. Das hat sich auch im französischen Kriege gezeigt. Der Schaden, der dem deutschen Privateigentum während des Krieges zugefügt wurde, wurde eben nach Beendigung des Krieges in der Kriegsentfaltung egrta berechnet. Die Ausführungen der Abg. Richter und Richter greifen also in einander und liefern zusammen den Beweis, dass die Grundanschauung des Abg. v. Stumm eine durchaus falsche ist. Wir erkennen den Nothstand an, aber das Schiff deswegen bewilligen, das wäre ganz verfehlt. Die Behauptung des Abg. v. Stumm, die Aufhebung der Getreidezölle würde den Nothstand nur noch steigern, indem dadurch die ländlichen Arbeiter in die Stadt gedrängt würden, entbehrt jedes logischen Hintergrundes. (Abg. v. Stumm: Es ist unglücklich!) Die Statistik lehrt, dass mit der Höhe der Getreidepreise die Anbaufläche nicht zunimmt, während des Bestehens der Zölle ist unsere Getreideproduction dieselbe geblieben; von den Zöllen haben eben nur die Besitzer, also die größeren Landwirthe, Vortheil. Die Zölle belasten das Volk mit mindestens 200 Millionen Mk., und das hat den durch die Mißernte hervorgerufenen acuten Nothstand so wesentlich gesteigert. Angesichts des vom Reichshändler „elbst

zucht zugestandenem Nothstandes muß man sich wiederum ernstlich die Frage vorlegen, ob nicht die Getreidezölle völlig aufgehoben seien. (Beifall links, große Unruhe rechts.)

Abg. Graf Ballestrem (Centr.): Abg. v. Böttmer hat mir und dem Centrum eine Meinungsänderung vorgeworfen. Ich erklärte gestern, dass ich nur in meinem eigenen Namen spräche, zwischen der zweiten und dritten Lesung würden wir uns überlegen, ob wir die Regierungsforderung mit Ja oder Nein beantworten würden; die Gründe für unsere Entscheidung werden wir bei der dritten Lesung mittheilen.

Abg. Richter: Abg. Hahn hat sich gegenüber meiner Rede als Meister der Mißverständnisse erwiesen, indem ihm mindestens vier Irrthümer untergelaufen sind; ich will nur den einen berichtigen, dass ich gesagt haben soll, die Privatwerften gingen uns nichts an. Nach dem stenographischen Bericht sagte ich nur: bei aller Liebe und allem Interesse für die Privatindustrie könnten wir eine Bewilligung aus Reichsmitteln nicht im Interesse einer Privatindustrie gutheißen; ich würde mich freuen, wenn der Reichskanzler uns heute die Versicherung geben könnte, für die ausreichende Beschäftigung der auf den kaiserlichen Werften angestellten Leute sei Sorge getragen, denn die anderen Werften ständen für uns nur in zweiter Linie. Daß ich ein Herz für die Privatwerften habe und dies oft bezeugt, kann mir der frühere Kriegsminister bezeugen. Ich hoffe, daß auch mit den 32 Millionen, die wir für Schiffsbauten bewilligen, in erster Linie den auf den kaiserlichen Werften angestellten Leuten Beschäftigung geschaffen ist.

Abg. Hahn (conf.): Nach den heutigen Worten des Abg. Richter gebe ich zu, daß er nicht wörtlich sagte, die Privatwerften gehen uns nichts an; aber er meinte doch, die Privatwerften gingen uns so wenig an, daß wir uns jetzt nicht um sie kümmern müßten. Auf die vom Abg. Barth begonnene Kornzolldebatte ausführlich einzugehen, ist nicht am Platz, zumal seine Ausführungen schon Duende von Malen widerlegt sind. (Beifall rechts.)

Abg. v. Böttmer (Soz.): Ich habe das Centrum einfach auf die Versprechungen hingewiesen, die es bei früheren und den letzten Wahlen machte, und denen die jetzt noch nicht vollendet, aber angebahnten Abmachungen widersprechen. Daß das Centrum für seine Abstimme, sie mögen fallen, wie sie wollen, immer Gründe angeben kann, davon war ich längst überzeugt; nach diesen Gründen bin ich neugierig, aber da in Preußen das Volksschulgesetz vorliegt, weiß man schon, wie das Centrum stimmen wird.

Abg. Richter: Abg. Hahn will dem Abg. Barth, der heute eine Kornzolldebatte begonnen haben soll, nichts erwidern — diese Kornzolldebatte ist aber thatsächlich vom Abg. v. Stumm hervorgerufen. Uns kann es nur recht sein, wenn uns recht oft Gelegenheit geboten wird, die Kornzölle und ihre Wirkungen auf den Volkswohlstand parlamentarisch zu erörtern.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen den Abg. v. Stumm und Barth (freis.) wird die Debatte geschlossen.

Abg. Graf Ballestrem (Centr.) (persönlich): Der Abg. v. Böttmer sagt, ich ließe mich beeinflussen durch das preussische Volksschulgesetz. Diese Behauptung weise ich hiernit auf das Entschiedenste zurück. Ich habe nie Anlaß dazu gegeben, daß man glauben könnte, ich ließe mich durch Motive beeinflussen, die nicht in der Sache selbst liegen; ich weise das entschieden für mich und meine Freunde zurück.

Abg. v. Böttmer (Soz.): Ich sagte nicht, Abg. Graf Ballestrem werde seine Abstimmung vom Volksschulgesetz abhängig machen, sondern ich sagte, das Centrum werde das thun, und dagegen nützen alle Ihre Proteste nichts.

Die Forderung für die Kreuzerkorvette „K“ wird gegen die Stimmen der Rechten und der meisten Nationalliberalen abgelehnt, ebenso die Forderung von 1 500 000 Mk. erste Rate für das Panzerfahrzeug „V“.

Auch die erste Rate von 750 000 Mk. für den Kreuzer „F“, deren Bewilligung Staatssecretär Hollmann sehr lebhaft befürwortet, wird nach dem Antrage der Budgetcommission abgelehnt. — Daselbe geschieht bei Tit. 19, erste Rate für den Aviso „H“, nachdem wieder der Staatssecretär Hollmann für die Forderung eingetreten ist.

In Tit. 20 werden zu Projectirungsarbeiten zum Neubau von Schiffen 150 000 Mk. verlangt.

Staatssecretär Hollmann: Bisher nahmen wir zu den Vorarbeiten für neue Schiffe die Hilfe von Privatwerften in Anspruch. Diese wurde uns gewährt, aber, wie es natürlich ist, unter der Bedingung, daß ihnen später der Bau übertragen wird. Wir kamen dadurch in eine Zwangslage, der diese Forderung ein Ende machen soll. Was die vom Abg. Richter angeregte Arbeiterfrage anlangt, so werden die kaiserlichen Werften mit Aufbruch des Jahres kein Schiff auf dem Stapel haben, es sei denn, daß die jetzt schon bewilligten Schiffe in der dritten Lesung bewilligt werden. Natürlich behalten wir auf den Werften einen Stamm von Arbeitern, die entlassen werden müssen, wenn uns die Schiffe nicht bewilligt werden. Selbstverständlich wird die kaiserliche Verwaltung zuerst für ihre eigenen Arbeiter sorgen, ihr ist das sehr nahe als der Noth. Mit den bewilligten beiden Schiffen werden wir also die Werften Kiel und Danzig beschäftigen können. Es war freilich beabsichtigt der Werft Danzig den gestrichlenen Kreuzer „F“ zuzuwenden; für diesen Bau wäre Danzig ganz besonders geeignet, nachdem dort mehrere ähnliche Schiffe erbaut sind, und Danzig rechnete auf diesen Bau. Wir werden es zu ermöglichen suchen, der Werft Danzig ein Panzerfahrzeug zuzuwenden, wenn das auch mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, denn der dortigen Werft fehlen die zur Panzerung nötigen Werkstätten das Schiff müßte also halbfertig von Danzig mit großen Kosten und großem Zeitverlust nach einer anderen Werft transportirt werden. Die Kreuzerkorvette K würde, falls sie bewilligt wird, Privatwerften zufallen. Es war nie daran zu denken, daß die kaiserlichen Werften der Aufgabe allein gewachsen wären, wir konnten die Hilfe der Privatwerften nicht entbehren. Ich glaube, es gebührt in dieser Hinsicht der Marineverwaltung der Dank für das Verdienst, das sich um diese Angelegenheit die Herren, die früher an der Spitze der Marine standen, erworben haben. Es ist ihnen Dank und Anerkennung dafür geworden, daß sie unsere Schiffsbauintdustrie zum Vortheil des Reichs in einer ganz ungewöhnlichen Weise gehoben haben.

Die Privatwerften Deutschlands sind gewissermaßen gezwungen worden durch die Marine, sich der heimischen Industrie zuzuwenden. Sie sind bis dahin ins Ausland gegangen. Man hat das hier hervorgehoben, hat es beklagt und getadelt. Ich kann mit Stolz und in Anerkennung der Privatindustriellen sagen, sie haben das Beste geleistet, was überhaupt zu leisten ist, und wenn nicht das Ausland überflügelt, so doch vollkommen demselben gleichwerthig gearbeitet.

Abg. Richter: Wenn ich den Hrn. Staatssecretär richtig verstanden habe, hat er mir einen Vorwurf gemacht, als ob ich es tadelte, daß man sich an die Privatindustrie gewendet hat. Ich habe nur erklärt, daß es die erste Sorge und Pflicht der Marineverwaltung ist, die Arbeiter auf den kaiserlichen Werften zu beschäftigen. Ich freue mich, daß ich mich damit im Einklang mit dem Hrn. Staatssecretär befinde, der auch gesagt hat, das Heim ist mir näher als der Noth, und bin demselben sehr dankbar, daß er eine dahin gehende Erklärung abgegeben hat.

Der Titel wird bewilligt, ebenso nach den Anträgen der Commission der Rest des ordentlichen Etats des Extraordinariums.

Im außerordentlichen Etat des Extraordinariums werden 32 406 500 Mk. verlangt. Die Commission hat davon 1 532 000 Mk. abgelehnt, darunter die zweite Rate von 1 300 000 Mk. zum Bau von zwei großen Trodenboots auf der Werft zu Kiel. — Dazu liegt ein Antrag, Graf Behr u. Gen., vor: „Zum Bau von zwei großen Trodenboots auf der Werft zu Kiel, zweite Rate, zum Grunderwerb 940 000 Mk. zu bewilligen.“

Abg. Hahn (conf.) beantragt die Zurückverweisung dieses Titels mit dem Antrage Graf Behr an die Commission. Die Ablehnung in der Commission sei erfolgt, weil die vollständigen Kostenanschläge noch nicht vorgelegen hätten.

Staatssecretär Hollmann: Die geforderten Docks seien für den Fall eines Krieges unentbehrlich, da die beiden vorhandenen Docks in Kiel in keiner Weise für Reparaturen ausreichen. Eine Auffchiebung des Baues würde der Reichskasse nicht förderlich sein, da die Spekulation sich der Sache bemächtigen und der Bauplatz ungeheuer im Preise steigen würde. Deshalb solle das Haus wenigstens die Rate für Grunderwerb bewilligen.

Abg. v. Bennigsen (nat-lib.) erklärt, seine Partei sei nicht in der Lage, die Forderung jetzt zu bewilligen, ist aber bereit, nochmals in der Commission zu erwägen, ob nicht mit Rücksicht auf die steigenden Grundstückspreise sich ein zeitiger Grunderwerb empfehle.

Abg. Richter: Vor zwei Jahren hat die Marineverwaltung ausdrücklich erklärt, dem Bedürfnis in Bezug auf die Docks sei vollkommen genügt. Jetzt kommt man uns aber mit der Forderung, die 15 Mill. erfordert. Wohin soll das führen, wenn wir die Sache nochmal an die Commission verweisen? Was ist denn für ein neues Moment hinzugekommen? Wie könnte diese wissen, ob im nächsten Jahre der Grunderwerb kostspieliger sein wird? Das Plenum mag heute oder morgen selbst darüber entscheiden, aber nicht die Commission damit incommodiren. Wenn aber ein Moment vorhanden ist, den Preis für den Grund und Boden dort in die Höhe zu treiben, so ist es allein die Art und Weise der heutigen Behandlung. Dergleichen muß im geheimen verhandelt werden. (Sehr richtig! links.) Ich erkläre aber hier öffentlich, daß es noch in keiner Weise feststeht, daß die Majorität des Hauses sich für die Trodenboots entscheidet; deshalb mögen die Herren Speculanten in Kiel etwas vorsichtig sein.

Staatssecretär Hollmann erklärt, er habe in der Angelegenheit Mittheilungen zu machen, die er hier in der Öffentlichkeit nicht vorbringen könne. Aus diesem Grunde halte auch er eine Commissionsberathung für erwünscht.

Abg. Graf v. Arnim (Reichsp.) erklärt sich für die Zurückverweisung an die Commission.

Abg. Hanel (freis.) bemerkt, daß das bei Kiel fragliche Terrain außerhalb des Bereichs der Speculation liege: Die Regulirung der Preise liege hier ganz in der Hand der Marine. In dem Augenblick, wo sie ihr Augenmerk vom Grundstück abwende, solle auch jeder Faktor weg, der etwa zu einer Preissteigerung führen könne.

Geh. Rath Plath: Die Privalspeculation wird sich binnen kurzem des in Rede stehenden Grundstücks bemächtigen. U. a. hat ein dort wohnender Gastwirth eine bedeutende Erweiterung seines Etablissements beabsichtigt.

Der Antrag auf Zurückverweisung an die Commission wird abgelehnt, die Position selbst wird nach dem Vorschlage der Commission gestrichen.

Tit. 10 (Bau von Arbeiterwohnshäusern in Kiel 202 000 Mk.) wird dem Vorschlag der Commission entsprechend gestrichen. Der Rest des Marineetats wird debattelos bewilligt.

Es folgt die Fortsetzung der 2. Berathung des Telegraphengesetzes. Dieselbe beginnt mit der Abstimmung über § 7 a (Verhinderung der gegenseitigen Störung von elektrischen Anlagen). Zunächst wird ein Antrag Hammacher betr. die Einschlebung der Worte „nach Möglichkeit“ angenommen. Der Antrag Cieber-Epahn wird abgelehnt.

Nach der Abstimmung über den Antrag v. Bar bezieht Abg. Doehn (freis.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die nunmehr vorgenommene Ausählung ergibt die Anwesenheit von nur 183 Mitgliedern. Das Haus ist demnach nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung Mittwoch.

### Deutschland.

Berlin, 1. März. Zur Nordlandreise des Kaisers wird der „Allg. R.-Corr.“ mitgeteilt: Der Kaiser beabsichtigt auf seiner diesjährigen Nordlandreise auch die Insel Island aufzusuchen.

\* [Anarchistische Versammlung in Berlin.] Ueber die telegraphisch schon erwähnte anarchistische Volksversammlung, welche am Montag Abend in Berlin bei Hensel in der Brunnenstraße stattgefunden hat, und die von etwa 500 Personen, darunter auch zahlreiche Socialdemokraten, besucht gewesen sein soll, weiß ein Berichterstatter zu melden:

Das Thema des Abends war „Der Anarchismus“. Der erste Redner, ein Sattler Bärner, führte aus, daß die anarchistische Bewegung in Berlin bereits zu einer gewissen Geltung gekommen sei. Der Redner versuchte im weiteren Verlaufe seines Vortrages die sogenannte „Propaganda der That“ möglichst harmlos hinzustellen. Auch gegen die socialdemokratische Partei, in der das Individuum geknechtet werde, wandte sich der Redner. Ein Schriftsteller Schmiowski vertheidigte die Socialdemokratie. Die Discussion zerstückelte sich schließlich in theoretischen Einzelerörterungen über das Wesen der Socialdemokratie und des Anarchismus. Auch der bekannte Kaufmann Albert Auerbach, einer der Führer der socialdemokratischen Opposition, ergriff das Wort, um zu erklären, daß die Anarchisten Vertreter des Proletariats seien und auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Der Vorwurf, den die Anarchisten gegen den Socialismus erheben, gelte der offiziellen socialdemokratischen Partei, nicht aber dem Socialismus. Letzterer ist stets revolutionär gewesen. — Schließlich wurde die Debatte auf nächsten Montag vertagt.

\* [Die Budgetcommission des Reichstages] beschloß heute mit den Einnahmen des Reiches an Zöllen, Verbrauchssteuern und Aversen. In der allgemeinen Debatte wurden Zweifel laut, ob die Zolleinnahmen, nachdem die Handelsverträge inzwischen perfect geworden, richtig angelegt sind. In Anbetracht dessen, daß bereits 55 000 000 an Zöllen mehr eingenommen sind, nstheißt man sich, es bei den Anfängen zu belassen. Auch die Einnahme ist dafür. Die Einnahmen aus den Zöllen werden darauf mit 339 451 000 Mark, so viel ist an die Reichskasse piffermäßig abzuliefern, bewilligt. Ebenso die Einnahme aus der Tabaksteuer 10 773 000, der Zuckersteuer 68 096 000, der Salzsteuer 41 514 000, der Brantweinsteuer 120 059 000, der Brausteuer und der Uebertragungsabgabe von Bier 23 877 000 und aus den Aversen mit 63 960 Mark. — Beim Etat der Reichsschuldenverwaltung macht der Abgeordnete Dr. Hammacher (nat-lib.) darauf aufmerksam, daß es mit dem Schuldenmachen sehr schnell, mit dem Schuldentilgen sehr langsam gehe. Es müßte in dieser Hinsicht endlich Wandel geschaffen werden. Der Schatzsecretär beruft sich auf die ganze halbe Million, die aus den Einnahmen der Münze zur Schuldentilgung vermandt wird. Der Vorsitzende Hr. v. Stumm (Centr.) hat es mit der Abkürzung der Debatten derartig eilig, daß er die Ansicht äußert, wenn der Referent die Sache im Plenum vorbringe, werde sich Herr Dr. Hammacher hier wohl begnügen. — Beim Etat des Reichs-Invalidenfonds kommt der Abg. Richter auf seine Anregung bei der Invaliden des Jahres 1870 zurück. Generalleutnant Epsh erklärt, die Frage sei immer noch in der Behandlung, sie sei sehr schwierig und erfordere lange Vorarbeiten. Abg. Richter giebt das zu, bemerkt aber, wenn man sich auf die Erfüllung seiner Anregung beschränkt stände, könnte man mit den Arbeiten längst zu Hanne gekommen sein. Der Etat wird bewilligt.

Die Arbeiten der Commission sind damit beendet.

\* [Antrag über die Freiheit des Privateigentums zur See in Kriegszustellen.] Zur zweiten Beratung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1892/93 — Etat für das auswärtige Amt — haben die Abgg. Dr. Barth, Dr. Baumbach, Büsing, Häre, Jelsen und Richter folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu er-



Deutsche Bank. In der heute Vormittag 10 1/2 Uhr in der Sitzungssaal der Deutschen Bank stattgehabten ordentlichen Generalversammlung der Actionäre der Deutschen Bank war ein Aktienkapital von 11 362 800 M. mit 9441 Stimmen vertreten. Von der Berathung des Jahresberichts wurde Abstand genommen, der Rechnungsabluß genehmigt, die Dividende auf 9 % = 54 M. für die Aktie zu nom. 600 M. und 108 M. für eine Aktie zu nom. 1200 M. festgesetzt, sowie der Direction und dem Aufsichtsrath einstimmig Decharge ertheilt. Die nach dem Turnus auszufcheidenden Mitglieder des Aufsichtsrathes, die Herren Commerzienrath und Consul Leubardt, Geh. Commerzienrath W. Dechelhäuser, Generalconsul Albrecht Percy D'Swald und Bankier Rudolf Alsbach wurden wiedergewählt; Herr Stadtrath Sarre am 31. December 1891 wegen Krankheit aus dem Aufsichtsrath ausgeschieden. — Die Dividende ist sofort abzurufen.



# nur Herr Hermann Lehre in Danzig unsere Vertretung für Danzig und Umgegend

anne hat und bitten wir die geehrten Interessenten in Stadt und Provinz, denselben mit recht zahlreichen Aufträgen vertrauensvoll beehren zu wollen.

## Herr Hermann Lehre übernimmt und befördert Inserate aller Art

für sämtliche Zeitungen, Journale, Zeitschriften, Kalender, Coursebücher etc. der ganzen Welt billig prompt und gewissenhaft, liefert auf Verlangen vorher Kostenanschläge gratis und franco, empfiehlt jedem

Haasenstein & Vogler A.-G., Annoncen-Expedition,

Königsberg i. Pr., Aneiph. Canalgasse 28.

In Danzig: Vorstadt, Graben.

(9493)

## Olivaer Kloster-Liqueur

aus der Liqueurfabrik

Julius von Götzen, Danzig,

empfehle ich als das Feinste vom Feinen, vorrätig in Flaschen à Mk. 1,50 und Mk. 3,—

Höchster Preis  
Ehren-  
Diplom.

J. M. Kutschke,

Danzig, Zoppot,  
Langgasse Nr. 4. Seestraße Nr. 12.

Geflügel-  
Ausstellung  
Silberne  
Medaille.

Delicatessen-, Colonialwaaren-, Südfrüchte-, Conserven-, Liqueur- und Wein-Handlung.

(5887)

## S. Deutschland,

Langgasse Nr. 82

empfiehlt sein

## Hut- und Mützen-Lager

in den neuesten Frühjahrs-Formen, zu billigsten, festen

Preisen.



2. Jahrgang. (7656)

Simmer-Marmelade,  
Johannisbeer-Marmelade

Melange-Marmelade,  
zum Füllen der Kuchen,

50 3 a H.

feinsten Himbeersaft

in Zucker,

50 3 a H.

feinsten Rirschaft

in Zucker,

60 3 a H.

zu Limonaden und Saucen

empfiehlt (9496)

F. E. Gossing,

Jopon- und Vortheilengassen-  
Ecke Nr. 14.

Frühen italienischen

Blumenkohl,

italienische Prunellen,

französl. Katharinenpfaffen,

1/2 von 45 3 an,

rhein. Obstmarmelade,

per 1/2 60 3

empfiehlt

Max Lindenblatt,

Heil. Geistgasse 131. (9516)

Frühe Maränen, delik., feinsten

erhalten, billig Danks. Graben

23. J. Hevelke geb. Krefft.

Empf. best. Caviar, 1/2 n. 1,80 Mk.

holl. Sardellen, 1/2 n. 70 3.

Lachmann, Tobiasgasse 25.

W. Fette Gänse

sind zu haben Langgasse 8 bei

Eichentien.

(9417)

Thee's

als

Pecco, hochfein,

Souchong, sehr fein,

feinsten Familien-Thee,

Pecco-Souchong,

Congo kräftig,

grüne Thee's

in allen Preislagen.

Banille,

hochfeinste Bourbon

in größter Auswahl und

sehr billig

Chocoladen u.

Cacaos,

beste Marken zu billigsten

Preisen. (9232)

Albert Neumann.

Altk. Zähne, Blumen,

schmerzloses Zahnziehen.

Leman, Canalgasse 83.

am Canalgasser Thor.

Sprechst. v. 9—6 Uhr.

Zur Pflege der Haut

empfehle:

Toilette-Wasser,

Toilette-Essig

von Lubin, Pinaud, Cofly etc.

Essenstisch u. Eichenstisch-  
Seife,

Crème u. Douce Simon,

Crème Grolsch,

Canolin, Baselin u. Gotb.

Crème,

Glycerin-Präparate

von F. A. Garg's Sohn Wien.

Flüssige Glycerin-

Kali-Seife,

sowie sämtliche bewährte

Cosmetische Präparate.

Albert Neumann.

Moselwein eigenes

Friedrich Käss in Trarbach a. d. Mosel

Preislisten gratis und franco.

Vertreter gesucht.

Masken-Anzüge

äußert billig bei

52 Jul. Gauer, 52,

Langgasse

1. Etage. (9515)

Wein-

Etiquetten.

Berlin W. 8. F. P. Keller.

Muster franco gegen franco.

100 Ctr. Cichorien

(Refag) ab Fabrik hat billig

abzugeben (9490)

Eugen Stern, Marienwerder.

Sommerweizen,

frühen weißen, von Höhe geles,

per Ctr. 14 Mk. zu haben in

Amalienhof bei Dirschau.

Empfehle den Baumaterialien-

händlern mein fertiges

Rohrgewebe,

sowie Anlagen von Rohrwebe-

reien aus isolierte und billige.

Werkstoffe stehen stets vor-

rätig zum Verkauf. (8831)

Verb. Mekonski,

Gr. Allee.

Ungewaschene Wollen

hauft jedes Quantum

H. Jacobsohn, Danzig,

Vorstadt, Graben 44 b.

Güter, Mühlen, Hotels, Ge-

schäfts-Säuler, Gasthöfe,

Restaurants, Brauereien, Sie-

geleien, sucht für zahlungsfähige

Käufer

Moritz Schmidtchen, Guben.

Colonialwaaren-Geschäft

ist von heute zu verkaufen resp.

zu verpachten.

Abreßen unter 9504 in der Ex-

peditio dieser Zeitung erbeten.

Reitpferd,

dunkelbrauner Wallach, 6",

sechsfährig, geritten u. gefahren

zu verkaufen in (9489)

Amalienhof bei Dirschau.

Ein neuer eleganter Jagdwagen

steht billig zum Verkauf

Stadtgebiet 142.

Zwei Portièren u. Stangen,

auch jede einzeln, zu verkaufen

Feichergasse 73.

10—15000 Mark

werden auf eine Landwirtsch.

hinter 40000 Mk. Kreditsparhassen-

geld zu 5% Zinsen gesucht. Tage

der Landwirtsch. 90000 Mk.

Reisikanten belieben ihre Abr.

unter 9268 in der Exped. b. Hl.

einzureichen.

Stellenvermittlung.

Zur einen städt. Haushalt wird

1. April ein Fräulein ge-

sucht, welches die einfache und

feine Küche perfect versteht und

in Sandarbeiten geübt ist.

Im Geß Abreßen unter Nr. 9478

in der Exped. dieser Zeitung

erbeten.

Ein Lehrling mit der Berechti-

gung zum Einfr. Freiwilligen

Dienst wird für das Comtoir

eines größeren Fabrik-Geschäfts

in Danzig gesucht.

Abreßen unter 9494 in der Ex-

peditio dieser Zeitung erbeten.

Zur meine Fabrikate in Wäsche,

Schürzen und Blusen suchen

für Danzig und Umgegend eine

thätigen auf eingeführten

Bestreiter.

G. Galingen, Berlin C,

Spanbauerstraße 10.

Ein Inspector,

bis 1. März Gequestor eines

Guts, sucht von da ab Vertre-

tungen zu übernehmen.

Meldungen unter 9166 in der

Exped. dieser Zeitung erbeten.

Zum 1. April oder später

suche ich für meinen Sohn mit

bedeutenden Vorkenntnissen in

der Eisenbranche und guten Schul-

kennntnissen in einem lebhaften

Eisen-, Stahl- und Kurwaaren-

Detailgeschäft eine

Lehrlingsstelle.

Adolph Diez, Dirschau.

Eine Lehrlingsstelle

ist vacant bei (9187)

Wenzel & Mühle,

Drogen- u. Farben-Engros-

Geschäft.

Für ein

Leinen- u. Wäsche-Geschäft

wird eine, durchaus tüchtige

Directrice

gesucht. Offerten mit Zeug-

nishaftsschriften und Angabe

der Gehaltsansprüche unter

W. 100 postlagernd Brom-

berg. (9492)

Ein junger Kaufmann wünscht

spanische Stunden zu nehmen.

Adr. unter 9526 in der Exped.

dieser Zeitung erbeten.

## Rutscher.

Schottler, Cappin

b. Rahlbude.

Zwei Schriftseher

sucht von sofort

Danzig. A. F. Voening.

Die Lehrlingsstelle in meinem

Colonialwaaren-Geschäft ist

vom 1. April cr. ab zu befehen.

Meldungen Vormittags 9. M.

Romnahn, Feichergasse 29.

Ein junger Mann

mit guter Schulbildung

kann per 1. April ab. früh

bei mir als Lehrling ein-

treten, gegen monatliche

Remuneration.

W. F. Burau.

Eine geb. Dame ges. Alters mit

langj. Zeugn. in allen Wirt-

schafszw. erf. sucht Stellung als

Hausdame auf dem Lande, oder

zur Führung eines städtischen

Haushalts.

Abreßen unter Nr. 9374 in der

Expedition dieser Zeitung erb.

Mehrere Kinderwärterinnen

1. II. u. III. Kl. suchen zum

1. April Stellung in Familien.

Auskunft erteilt freundlichst Frau

Ch. Collas, Bogenstraße 42

von 11—12 Uhr Vormittags.

Der Vorstand des Kindergarten-

vereins. (8498)

Ein Fräulein v. ausw. in den

30er Jahren, mit gut. Emf.

sucht Stellung zur Erziehung ein.

Kindes od. in einem Haushalt.

Off. Off. unter Nr. 9529 in der

Exped. dieser Zeitung erbeten.

Breitgasse Nr. 91

ist eine Wohnung, 2. u. 3.

Etage miteinander verbunden,

vom 1. April ab an ruhige Ein-

wohner zu vermieten.

Preis 900 Mk. (9507)

Ein Laden,

freundlich und geräumig, für

jedes Geschäft geeignet, und

bes. 1. Etage vom 1. April ab

preiswerth zu vermieten

(9508) Breitgasse Nr. 32.

Ein Pferdestand

im Stall Frauent. 16 zu verm.

Laden

nebst Wohnung etc., bish. Con-

ditorei und Bäckerei, zu jed. Ge-

schäft pass. Jopeng. 26 1. verm.

Ein möbliertes Zimmer mit

Benlon zu vermieten

Große Wollmberggasse 20.

Comtoir!

Langgasse 54 ist die I. Etg., best.

aus 2 Zimm. nebst Entree, v. 1.

April zu verm. Näh. dah. 4 Tr.

Die Regelbahn

im Wiener Café, Langenmarkt

9, ist vollständig renoviert.

Meldungen zur Benutzung beim

Hausmeister Stagemann, dahelst.

Dramatischer Verein

zu Danzig

Gewerbehaus.

Donnerstag, den 3. cr.,

Abends 9 Uhr,

Gihung.

Tagesordnung:

1) Vorlegung des Programms

für das Begründungsfeil.

2) Wahl der Erziehungsmänner zur

Wahlcommission.

3) Entgegennahme u. Vertheilung



## Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 1. März.

Fortsetzung der Beratung des Handelsrats. Bei den Zuschüssen für Fortbildungsschulen (440 000 Mk.) bebauert.

Abg. Schmidt-Elberfeld (freil.) bebauert, daß für die Fortbildungsschulen nicht eine größere Summe auszuweisen ist, denn die Fortbildungsschulen seien wichtiger für das Handwerk, als die Zwangsschulen und der Befähigungsnachweis. Redner polemisiert gegen die Rede des Abg. v. Puttkamer-Plauth am Freitag; er habe die Ergebnisse der heimischen Industrie „billig und schlecht“ genannt, das Wort stammt aus der Zeit, als gewisse Leute die Toiletten für ihre Frauen in Paris und ihre Sättel in London kauften, bis ihnen gesagt wurde, daß dieselben in Berlin gemacht seien. Redner spricht den Wunsch aus, daß die Vertheilung der Summe auf die einzelnen Provinzen bekannt gegeben werden möge.

Unterstaatssekretär Magdeburg erklärt, daß er eine Nachweisung darüber nicht geben könne; einen Anhalt dafür biete aber die Uebersicht über die bestehenden Fortbildungsschulen in einer dem Hause vorliegenden Denkschrift.

Zur Errichtung und Unterhaltung der Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen sind 350 000 Mk. ausgeworfen.

Abg. Schmidt-Elberfeld: Es sind Ersparnisse bei diesem Titel vorhanden, und ich möchte die Regierung bitten, diese für die anderen Fortbildungsschulen zu verwenden.

Unterstaatssekretär Magdeburg: Das ist etatsmäßig nicht zulässig. Vorhanden sind solche Ueberschüsse, weil ein Erkenntnis des Kammergerichts bisher der Durchführung der Zwangsschulbildung Hindernisse entgegenstellte, die aber jetzt beseitigt sind. Diese Ueberschüsse werden jetzt im Interesse derselben Schulen Verwendung finden.

Abg. Schmidt-Elberfeld bittet, im Anschluß an die Beratung der Commission, welche sich mit den Fachschulen befaßt hat, für die Directoren und Lehrer der Fachschulen die Pensionsberechtigung einzuführen.

Abg. Friedrichs (nat.-lib.) hält es für verkehrt, daß an dem Fachschulwesen gespart werde, und tritt für die Pensionsberechtigung der Fachschullehrer ein.

Beh. Rath Lüders erwidert, daß nach Magdeburg der bestehenden Mittel die Unterstufen gewährt werden. Eine völlige Befreiung aller Uebellstände könne erst erfolgen, wenn mehr Mittel für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen flüssig gemacht werden würden.

Abg. Conrad-Statow (cons.) tritt ebenfalls für die Pensionsberechtigung der Lehrer und Directoren an den Fachschulen ein und empfiehlt die Vertheilung der Kosten für die Fachschulen so, daß die Gemeinden nur die Gebäude und deren Unterhaltung zu tragen haben, während der Staat die persönlichen Kosten übernimmt.

Beim Dispositionsfonds zur Förderung des gewerblichen Unterrichtswesens empfiehlt

Abg. Böckius (nat.-lib.) die Einrichtung von Schiffschulen für die bessere Ausbildung der Stromschiffer.

Beh. Rath Wendt: An der Elbe bestehen Schiffschulen, welche von Vereinen unterhalten werden und sich gut bewährt haben. Die Regierung werde die Sache weiter im Auge behalten; es sei aber zweifelhaft, wohin man eine solche Schule am Rhein legen solle.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums sowie des Extraordinariums mit einem Abstrich von 150 000 Mk. als erste Rate zur Errichtung eines Dienstwohngebäudes für den Handelsminister.

Es folgt der Etat der Anstaltungscommission. Beim Titel 1 der Ausgaben erneuert

Abg. v. Garsinski (P.) den Widerspruch der Polen gegen das Polengezetz, welches mit den Grundföhen der Verfassung nicht übereinstimmt.

Abg. Anselb (nat.-lib.): Die nationalliberale Partei erkennt nach wie vor das Gesetz als notwendig und richtig an und hofft, die Regierung werde es auch weiterhin in energischer Weise zur Ausführung bringen. Redner bemängelt jedoch die Art der Rechnungslegung in der Denkschrift, aus welcher im einzelnen die wirtschaftlichen Ergebnisse nicht klar hervortreten. Ein Uebelland sei es auch, daß die Meliorationen erst voll ausgeführt werden, bevor das Gut dem Anstiebler übergeben werde. Dadurch gehe viel Zeit verloren, und der Anstiebler habe davon mehr Nachtheil als Vortheil. Die Regierung werde ferner darauf dringen müssen, daß der Anstiebler Buch führe, damit die Wertheigerung des Gutes jedes Jahr genau ersichtlich ist.

Abg. Seelig (freil.): Ich stehe heute noch auf dem ablehnenden Standpunkt diesem Gesetz gegenüber, will aber auf die politische Seite nicht eingehen, sondern nur die wirtschaftliche prüfen. Es handelt sich darum, den Großgrundbesitz, wo er in unzuverlässiger Weise vorhanden ist, in Kleinbesitz überzuführen. Die Großgrundbesitzer kommen auch immer mehr zur Ueberzeugung, daß nach dieser Richtung hin gestrebt werden müsse. Der ganze Plan der Anstaltungscommission ist mit großer Umsicht aufgestellt und durchgeführt worden. Der Eindruck ist ein durchaus erfreulicher.

Minister v. Heyden spricht seine Freude über die anerkennenden Worte des Vorredners aus. Das Gesetz sei nicht erlassen worden, um die Polen zu vernichten, sondern um das Deutschthum zu stärken. Den Wünschen der einzelnen Redner werde die Regierung nachzukommen suchen. Ein vermehrte Auswanderung habe das Gesetz nicht zur Folge.

Abg. Geer (nat.-lib.): Wenn die Polen die blühenden Felder der neuen Kolonien gesehen hätten, welche an die Stelle der ausgesogenen, schlecht bewirtschafteten Felder der ehemaligen polnischen Besitzer getreten sind, dann würden sie nicht davon sprechen, daß das Gesetz schädlich gewirkt habe.

Abg. v. Garsinski (P.): Die Polen müssen ihren Widerspruch gegen das Gesetz geltend machen, denn es widerspricht der Verfassung, daß den Polen die Güter abgekauft und nur an deutsche Kolonisten vertheilt werden.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (cons.): Ich wünschte, daß das Gesetz überflüssig wäre, denn meine Heimath-provinz leidet unter dem Kampf der beiden Nationalitäten. Als Preusse kann ich mich nur auf der Basis mit Polen verständigen, daß das Interesse des preussischen Staats gewahrt wird. Mir sind jetzt wieder in eine schwankende Politik den Polen gegenüber eingetreten, die uns schon in früherer Zeit keinen Segen gebracht hat. Die Polen haben Beweise ihrer Loyalität gegeben. Wir wollen hoffen, daß sie auf diesem Wege fortfahren, dann wird auch der nationale Friede gefördert werden. Die Polen treten nur in vereinzelten Fällen in den Staatsdienst und in die Armee ein. Das zeigt, daß die Loyalitätsbezeugungen der thätiglichen Grundbesitzer entbehren.

Abg. v. Garsinski: Wie will der Vorredner nachweisen, daß unsere Loyalitätsbezeugungen der thätiglichen Grundbesitzer entbehren? Daß die Polen nicht in den Staatsdienst treten, ist begreiflich; denn die deutschen Studierenden werden ja unterstützt, die polnischen aber nicht. Es ist bedauerlich, daß die Deutschen sich nicht bemühen, der polnischen Sprache mächtig zu werden (Heiterkeit), damit sie sich mit den Polen verständigen können.

Minister v. Heyden: Hr. v. Puttkamer hat von der schwankenden Haltung der Regierung den Polen gegenüber gesprochen. Worin die schwankende Haltung liegt, hat er nicht gesagt. Wenn er wirklich eine Ver-

ständigung mit den Polen wünscht, dann muß er der Regierung Dank wissen, daß sie alles vermeidet, was die Annäherung beschwert. Die Annäherung von Arbeitern ist allerdings dringend zu wünschen, aber die Schaffung eines widerstandsfähigen Bauernstandes ist doch wohl zunächst die Hauptsache. Die Anstaltung von Arbeitern ist nicht richtig in dem Augenblick, wo man durch Verhinderung der großen Güter die Arbeits-gelegenheit vermindert.

Der Etat der Anstaltungscommission wird bewilligt. Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Danzig, 2. März.

Stadtverordneten-Versammlung. Aus der gestrigen Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung haben wir noch diejenige Discussion nachzutragen, welche sich an die dringliche Vorlage wegen sofortiger Vornahme von Einwohnungsarbeiten auf dem Riefelfeld knüpfte und die augenblicklichen Erwerbs-Verhältnisse bzw. übertriebenen Schilberungen über Arbeits-mangel betraf. Ihrem wesentlichen Inhalte nach ist diese Debatte ungefähr wie folgt zu skizziren:

Erster Bürgermeister Dr. Baumbach: Durch die hiesige und auswärtige Presse sei die Mittheilung gegangen, daß der Herr Polizeidirector sich an den Magistrat mit der Mittheilung gewendet habe, daß 3000 Männer und 1000 Frauen ohne Beschäftigung seien. In der Presse sei diese Mittheilung in der ausgiebigsten Weise verworhet worden, doch sei die Nachricht in dieser Form nicht ganz zutreffend gewesen und sie konnte es wohl auch nicht sein, da der vollständige Inhalt des von dem Herrn Polizeidirector in der besten Absicht an den Magistrat gerichteten Schreibens nicht bekannt und der Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Er wolle daher ergänzen, daß, so weit sich durch die Polizeibehörde habe feststellen lassen, nur 2320 Männer und 450 Frauen gänzlich erwerbslos seien. Aber auch hierbei sei zu beachten, daß sich unter erstieren ca. 1200 aus der Gewerksfabrik entlassene Arbeiter befänden, welche als Handwerker nur schwer Beschäftigung finden könnten. Berücksichtige man die stets im Winter eintretende größere Anspannung an Arbeitsgelegenheit, so sei allerdings die Sache lange nicht so schlimm als es scheine. Welche argen Uebertreibungen in der Presse betrefis des hier herrschenden Arbeiterelends vorkämen, das zeige die romantische Erzählung der „Danz. Allgemeinen Ztg.“ von einem Arbeiter, der „buchstäblich verhungert“ sei. Redner verliest die betr. Mittheilung, wonach am Sophienhore ein Mensch von Hunger entkräftet zusammengebrochen sei, so daß er nach dem städtischen Casareth gebracht werden mußte. An diesen Artikel seien dann noch Betrachtungen darüber geknüpft worden, daß Tausende feinesgleichen in derselben Lage seien, weshalb von den städtischen Behörden gefordert werde, daß sie Arbeit schaffen, die Wälle abtragen, die „von Schmutz starrten Straßen“ säubern lassen sollten u. s. w. Ein Recht oder eine Pflicht, Arbeit zu verschaffen, bestche für die städtischen Behörden nicht. Ein socialistisches Staatswesen mit dem Recht auf Arbeit existire überhaupt bei uns nicht. Die Forderung entbehere also jeder rechtlichen Begründung, könne aber auch sachlich von der Gemeinde nicht erfüllt werden. Was nun den angeblich „verhungerten Arbeiter“ betreffe, so hätten die von ihm (Redner) veranlaßten Ermittlungen ergeben, daß der betreffende Arbeiter Schulte an Arampfadern leide und daß ihm am 24. Februar eine solche Arampfader geplagt und er in Folge des Autverlustes auf der Straße ohnmächtig geworden sei. Nachdem ihm im Casareth Verband angelegt und die Wundung gekühlt worden, befände er sich bereits wieder ganz wohl (Heiterkeit) und er werde in ungefähr einer Woche, wenn die durch den Blutverlust herbeigeführte Schwäche überwunden, das Casareth verlassen können. Schulte selbst habe erklärt, daß er zwar feste Arbeit jetzt nicht habe, doch sich stets so viel Beschäftigung gesucht habe, daß er nicht habe hungern dürfen. Redner bittet die Presse, bei solchen Mittheilungen doch etwas mehr Vorzicht walten zu lassen. Wenn nun auch eine Verpflichtung für die städtischen Behörden, Arbeit zu schaffen, nicht anerkannt werden könne, so seien dieselben doch selbstverständlich gern bereit, zur Abheilung von momentanen Nothlagen mitzuwirken und Mittel zur Abhilfe zu erörtern. Zunächst trete hier in großem Umfange die private und öffentliche Wohlthätigkeit ein. Wie ihm von einem in dieser Organisation unermüdet thätigen Manne mitgetheilt worden, habe der Armenunterstützungsverein im Monat Februar 4086 Brode und 2068 Pfund Mehl vertheilt. Am 27. Februar seien in der Volkshäule 1290 Elter Suppe vertheilt worden, am nächsten Tage habe es Reisuppe gegeben, die anscheinend nicht so beliebt sei wie andere Speisen, j. B. der sehr begehrte Sauerhohl (Heiterkeit) und da seien 200 Portionen übrig geblieben. Das lasse doch nicht gerade auf Hunger bei allen Empfängern dieser Mahlzeiten schließen. Man möge also mit dem Worte „Nothstand“ etwas bespottender operiren. Was nun die jetzt vorgeschlagene Arbeit anbetreffe, so sei dieselbe eine an sich nützliche und sie würde selbst dann notwendig sein, wenn die Canalisation in Langfuhr nicht eingeführt würde. Der Redner schließt mit der Bitte, den verlangten Voranschlag zu bewilligen, damit die Commune ihre Bereitwilligkeit, überall zu helfen, wo sie es ohne Schaden thun könne, darzulegen vermöge.

Herr Aufmann tadelt scharf den heftigen Charakter des erwähnten Artikels in der „D. Allg. Ztg.“, der geeignet sei, aufschreckend zu wirken. Wahrscheinlich habe man das auch irgendwo gefühlt und dem Blatt einen deutlichen Wink gegeben, denn am Montag habe es einen anderen Artikel gebracht, in welchem das Bestehen eines außergewöhnlichen Nothstandes in Abrede gestellt werde. Ebenso bedenklich könne es wirken, wenn j. B. von der Stadt verlangt werde, sie solle jetzt die Wälle abtragen lassen, die ihr doch noch gar nicht gehören. Redner spricht ferner sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Staatsregierung nicht auch helfend eingreife, denn die mangelhaften Verhältnisse in unserer Stadt seien im wesentlichen durch die Wirtschaftspolitik der Regierung herbeigeführt worden. Es seien Arbeiten genug geplant und es könne j. B. der Eisenbahnfiscus mit dem Baue des Personenbahnhofes beginnen. — Herr Dr. Baumbach: Bezüglich der letzten Bemerkung des Vorredners wolle er mittheilen, daß er Gelegenheit genommen habe, in Berlin mit dem Hrn. Eisenbahnminister über den Bahnbau zu sprechen. Der Vertrag mit der Stadt liege zwar seit Monaten der Eisenbahnverwaltung vor, doch könne heute oder morgen mit dem Bau nicht begonnen werden. Noch seien die Verhandlungen mit der Militärbehörde nicht zu Ende geführt, auch seien die Baupläne noch nicht fertiggestellt. Doch werde im Sommer, vielleicht schon im Frühjahr mit der Herstellung der Zufuhrwege, über welche eine Einigung erzielt sei, begonnen werden.

Der Herr Minister habe ihm (Redner) jede mögliche Beschleunigung zugesagt und er werde sich auch bei der künftigen Eisenbahndirection in Bromberg dahin verwenden. — Herr Casanatsdirector Kunath theilt bezüglich des Arbeiters Schulte mit, daß derselbe 6 Jahre lang bei der Casanatsfabrik in Arbeit gestanden habe, im August v. J. aber plötzlich aus der Arbeit weggeblieben und nach Berlin gegangen sei. Im September habe er sich, da er in Berlin die gewünschte Beschäftigung nicht gefunden habe, wieder hier gemeldet, doch sei seine Stelle in der Casanatsfabrik nun bereits anderweitig besetzt gewesen. — Hr.

Stadtrath Rahner erklärt, daß der gegenwärtige Winter allerdings an die Fürsorge der städtischen Armenpflege schwierigere Anforderungen stelle, als sie in den meisten Vorjahren zu überwinden gewesen seien. Seit Weihnachten würde nach anderen Grundföhen Verfahren als sonst, es würden Marken für die Suppenküche an jeden ausgegeben, der sich darum bembere. Die in der städtischen Armenpflege thätigen Mitbürger seien im Verein mit der städtischen Verwaltung und der Privat-Wohlthätigkeit aufs eifrigste bemüht, der ärmeren Bevölkerung über die Schwierigkeiten dieses Winters hinwegzuhelfen und es sei mindestens doch so viel Fürsorge getroffen, daß niemand „verhungern“ dürfe. Um Annahme der heutigen Vorlage bitte er auch schon deshalb, um der Armen-Verwaltung etwas Luft zu schaffen. Wie aufreißend der mehrfach erwähnte Zeitungsartikel gewirkt habe, er selbst zu beobachten Gelegenheit gehabt. Seit dem Erscheinen desselben werde er (Redner) von Leuten, die Unterstützung haben wollten, derartig überlaufen, daß er fast gar nicht zur Arbeit komme. Herr Münsterberg erwidert, wie viel Arbeiter und wie lange dieselben bei den geplanten Arbeiten auf den Riefelfeldern Beschäftigung finden würden. — Herr Director Kunath antwortet, daß ungefähr 100 Mann dabei einige Wochen Arbeit haben würden. Er habe übrigens durchaus keine Beforgnis, daß sich zu viele Leute dazu in Heubude melden würden. — Herr Berenz steht zwar auch auf dem Standpunkte, daß ein Recht auf Arbeit nicht besteht, am wenigsten den städtischen Behörden gegenüber. Redner ist jedoch der Ansicht, daß man die Arbeitnehmer nach Möglichkeit über die schlechten Zeiten hinweghelfen müsse. Dabei sei es zu verwundern, daß Arbeit nach auswärts, die bei der Arbeits-Vermittlungsstelle der Abeggstiftung erfragt werden könne, nicht begehrt werde. Er möchte die Aufmerksamkeit auch auf dies Hilfsmittel besonders hinlenken. Es werde Großes in der Wohlthätigkeit von Privaten und von Seiten der Stadt geleistet. Während man sonst die Verhältnisse etwas genauer geprüft habe, werde heute niemand in der Volkshäule abgewiesen und jeder irgend Bedürfnisse könne warme Suppe ohne Bezahlung erlangen. Redner bittet, die Bestreben alleseitig zu fördern und nicht, wie geschehen, es be- denktlich zu erschweren. — Hr. Krug ist der Ansicht, daß von Seiten des Fiscus zu wenig gethan werde, um auch für den Winter Arbeitsgelegenheit zu eröffnen. Die Subventionen für Bauten würden so spät ausge-schrieben und die Termine so lang bemessen, daß die Bauten stets in den Sommer fielen und dann die Unter-nehmer eine Menge Leute einstellen und hoch bezahlen müßten, die im Winter ohne Arbeit seien. Hier sei eine bessere Eintheilung und frühere Vergebung der staatlichen Bauten dringend wünschenswerth, und es seien von den Bauhandwerkern Petitionen, welche eine frühere Ausschreibung der Arbeiten wünschten, schon mehrfach an betreffende Stelle vorgelegt worden. Möchten dieselben endlich Beachtung finden! — Herr Berenz meint, die Ursache der späten Ausschreibungen liege hauptsächlich in der Verlegung des Etatsjahres auf die Zeit 1. April bis 31. März. Als früher das Etatsjahr mit dem Kalenderjahre zusammenfiel, sei es anders gewesen.

Hiernach wurde die Debatte geschlossen und, wie schon berichtet, die Inangriffnahme der Arbeit auf dem Riefelfelde einstimmig genehmigt. — Schließlich sei aus den gestrigen, sehr belebten Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung noch in Kürze einer Betrachtung des Herrn Hrn. Bürgermeister Dr. Baumbach über die wichtigste Frage erwähnt, welche jetzt unser communes Leben beschäftigt. Redner hob hervor, daß mit der Erweiterung und Behauung der West- und Nordwest-Front unserer Stadt eine Aufgabe von solcher Wichtigkeit zu lösen sei, wie sie ja nur in Jahrhunderten an die Stadt herantrete. Dieses hohen Ernstes der Sache seien sich die städtischen Behörden voll bewußt und sie werde demgemäß mit aller Voricht und Sorgsamkeit behandelt. Eine lebhaft Discussion darüber in der Bürgerschaft und in der Presse sei natürlich und auch durchaus erwünscht, aber die Discussion sollte mit etwas mehr Sachkenntnis geführt werden, als dies mitunter der Fall sei. Ein drastisches Beispiel liefere ihm ein Artikel in der auswärtigen Fachzeitschrift „Das Atelier“, in welchem es heißt:

„Es ist eine musterhafte Brutalität, die Physiognomie der thurmreichen Renaissancestadt ganz einfach des wirklichen Rahmens zu berauben und durch Raftengebäude zu verunstalten. Die Stadt ist zu arm, um gegen die Forderungen der Bahnverwaltung aufzukommen, und der Militäriscus, dem die Wälle gehören, kann nie genug Geld erhalten — folglich ruiniert man die Stadt, deren einziger Werth (!) fast nur noch in der künstlerischen Außenseite liegt. Zum mindesten ist es sehr erfreulich, daß sich die Bauzeitung der armen Stadt angenommen, aber eigentlich sollte die gefammte Presse für die Erhaltung der künstlerisch vielleicht bedeutendsten Stadt Deutschlands eine Lanze brechen. Heute kommt eine derartige Agitation für Danzig noch nicht zu spät. Die dortigen Wälle müssen zu Anlagen verarbeitet werden, und zwar sind Terrassen- und Hügelformationen mit Grotten, Hänen, Alleen, Springbrunnen und Biergeiten anzulegen.“

Der Verfasser dieses Artikels sei sehr schlecht informiert und man dürfe wohl sich solche absolut haltlose, auf völliger Unkenntnis beruhende Einmischung in die Sache höflich verbitten. Was giebt dem Verfasser das Recht, uns für solche Barbaren zu erklären? wer sagt ihm, daß wir „durch Raftengebäude die Stadt verunstalten“ wollen? wie denkt er sich wohl die über „Hügelformationen mit Grotten, Hänen, Cascaden“ u. s. geführten künftigen Verkehrsstraßen zu dem neuen Bahnhof? Dergleichen schöne Rathschläge könnten natürlich keine ernste Beachtung beanpruchten. Die Danziger Bürgerschaft habe selbst hinreichenden Schönheitsfönn, um ihren Stolz; die architektonischen Zierden unserer Stadt, nicht leichtsinnig preiszugeben. Niemand täusche sich darüber, daß hier große Anforderungen an unser bürgerliches Gemeinwesen herantreten. Aber der rege Bürgerfönn unserer Stadt werde sich auch dieser Aufgabe gewachsen zeigen.

## Danzigs Gemeinde-Angelegenheiten.

(Fortsetzung.)

Schulverwaltung. Im Gymnasium hatte die wachsende Schülerzahl bereits 1882 und 1887 die Einrichtung zweier neuer Klassen, einer Ober- und einer Untersecunda, zur Folge gehabt, ohne daß die Vermehrung der Lehrkräfte damit gleichen Schritt gehalten hätte, bis endlich Oßern 1891 durch die Bewilligung zweier neuer Lehrstellen definitiv für eine angemessene Verstärkung des Lehr-Collegiums gefordert wurde. Diese neuen Stellen wurden in die Oberlehrerclassa eingestuft und mit den Oberlehrern Alein und Dr. Damas vom Realgymnasium zu St. Petri, die an diesem wegen der geplanten Umwandlung desselben in eine höhere Bürgerschule entbehrlich wurden, besetzt. So unterrichteten seit Oßern 1891 außer dem Director 9 Oberlehrer, 8 ordentliche

Lehrer, 3 etatsmäßige wissenschaftliche Hilfslehrer, ein Elementarlehrer, ein Zeichnerlehrer, ein Gefanglehrer und eine größere Anzahl außerordentlicher wissenschaftlicher Hilfslehrer in 16 Klassen. Die Frequenz der Anstalt zeigt gegen das Vorjahr einen kleinen Rückgang, der sich daraus erklärt, daß sich das Interesse großer Kreise jetzt der höheren Bürgerschule zuwendet.

Bezüglich des Realgymnasiums zu St. Petri und der damit verbundenen lateinlosen höheren Bürgerschule ist Folgendes zu bemerken: Nachdem seit Oßern 1888 unter Anlehnung an das Realgymnasium zu St. Petri der Anfang zu einer lateinlosen höheren Bürgerschule durch Einrichtung der unteren Klassen gemacht war, beschloß die Stadtverordneten-Versammlung am 17. März 1891 die weitere Ausgestaltung dieser Schule und zugleich die allmähliche Auflösung des Realgymnasiums selbst. Ergänzt wurde dieser Beschluß durch einen Vertrag mit dem Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft vom 3. Juni 1891, nach welchem die hiesige Handelsakademie (Kabrung'sche Stiftung) behufs Verschmelzung mit der höheren Bürgerschule an die Stadt Danzig abgetreten werden soll. Das Directorat der Petrischule übernahm Oßern 1891 Dr. Otto Bökel, bisher Director der hiesigen Handelsakademie, die er bis zu ihrer Auflösung auch im Nebenamte leiten wird. In seine Hand ist im wesentlichen also die Durchführung der beschlossenen Maßregeln gelegt. Mit dem Beginn des Schuljahres 1891/92 wurde ferner die Secunda des Realgymnasiums aufgelöst, und die beiden Secunden wurden in eine zusammengezogen, so daß diese Anstalt noch 6 Klassen zählt. Die höhere Bürgerschule erhielt zu ihren drei Klassen vier neue hinzu, und zwar zu Oßern eine zweite 6., eine zweite 5., eine 3. und zu Michaelis eine zweite 4. Klasse. Das System der Oßern- und Michaelis-Schulcosten ist an ihr nun durchgeführt. Das nächste Schuljahr aber wird eine weitere Vermehrung der Klassen mit sich bringen.

Bei dem Realgymnasium zu St. Johann wurde durch die Theilung einer Klasse der Obertertia zu Oßern 1891 eine Vermehrung der Lehrkräfte nöthig. Zu den beiden etatsmäßigen Hilfslehrern trat deshalb der bis dahin mit einigen Lehrstunden dort beschäftigte Dr. Korolla als dritter Hilfslehrer, und als vierter, neu dorthin berufen, Herr Wittstock hinzu. Die Frequenz zeigt gegen das Vorjahr eine kaum nennenswerthe Veränderung, nur daß der Besuch der Vorlesung abnimmt.

In das Lehrercollegium der Victoriaschule trat an Stelle des Oßern 1891 ausscheidenden ordentlichen Lehrers Dr. Groh Herr A. Reinicke ein. In der neueren Organisation erfährt das mit dieser Schule verbundene Lehrerinnen-Seminar eine hoffentlich fruchtbringende Umänderung, indem der Seminar-Cursus von zwei auf drei Jahre erweitert wurde. Die Frequenz zeigt eine, allerdings nicht sehr bedeutende Abnahme.

Eine weitere Ausgestaltung erfährt unser paritätisches Bezirksschul-System durch Einrichtung einer neuen Bezirks-Anschanke in der Baumgartengasse, die am 8. Januar 1892 mit 11 Klassen, ebenso vielen Lehrkräften und ca. 560 Schülern in dem neuen zweckmäßigen und stattlichen Schulgebäude feierlich eröffnet werden konnte. Es ist anzunehmen, daß für die nächsten Jahre nunmehr ausreichende und gesunde Schulräume für die männliche Schuljugend zur Verfügung stehen. Die Fürsorge der städtischen Behörden wird sich deshalb in dieser Beziehung zunächst auf die Mädchen Schulen zu richten haben, die nicht mehr überall für die sehr starken Klassen ausreichende Räume bieten. Die Einrichtung einiger neuer Klassen wird hier in nicht zu langer Zeit in Aussicht zu nehmen sein.

Wenn schon im Jahre 1889 eine nicht unwesentliche Aufbesserung der Lehrergehälter eingetreten war, so hat doch die Frage, ob damit auch für die Gegenwart und nächste Zukunft eine ausreichende Befoldung den Lehrern und Lehrerinnen an unseren Mittel- und Volksschulen gewährt sei, den Magistrat unausgeseht beschäftigt. Er hat sich nach langen und eingehenden Beratungen und Berechnungen entschlossen, für das neue Etatsjahr die Föhrung von Dienstalterszulagen bei der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen. Die Gehaltskala stellt sich nach dem Magistratsantrage folgendermaßen: 1. für Lehrer: bis zu 3 Dienstjahren 1200 Mk., bis zu 6 Dienstjahren 1350 Mk., bis zu 9 Dienstjahren 1500 Mk., bis zu 10 Dienstjahren 1650 Mk., bis zu 12 Dienstjahren 1750 Mk., bis zu 15 Dienstjahren 1900 Mk., bis zu 18 Dienstjahren 2050 Mk., bis zu 21 Dienstjahren 2200 Mk., bis zu 24 Dienstjahren 2300 Mk., bis zu 27 Dienstjahren 2400 Mk., bis zu 30 Dienstjahren 2500 Mk., über 30 Dienstjahren 2600 Mk.; 2. für Lehrerinnen: bis zu 3 Dienstjahren 1000 Mk., bis zu 6 Dienstjahren 1080 Mk., bis zu 9 Dienstjahren 1160 Mk., bis zu 12 Dienstjahren 1240 Mk., bis zu 15 Dienstjahren 1320 Mk., bis zu 18 Dienstjahren 1400 Mk., bis zu 21 Dienstjahren 1480 Mk., bis zu 24 Dienstjahren 1560 Mk., bis zu 27 Dienstjahren 1640 Mk., bis zu 30 Dienstjahren 1720 Mk., über 30 Dienstjahren 1800 Mk.

Die Zahl der schulpflichtigen Kinder in Danzig und in den Vorstädten beträgt 17 929, davon besuchten die Schule 16 598 Kinder, keine Schule besuchten 1 331 Kinder. Von den 16 598 die Schule besuchenden schulpflichtigen Kindern waren 8104 Anaben und 8494 Mädchen. Es besuchten: die höheren Anaben Schulen 959 Kinder, die höhere Mädchenschule (Victoria-Schule) 414, die Anaben-Mittelschule 614, die Elementarschulen 12 134, die Taubstummenschule 31, Schule im Spendhaus und Stroßbeich 93, Privatschulen 2353 Kinder. Von den 1331 keine Schule besuchenden Kindern erhielten Privatunterricht 246, besuchten Kindergärten und Warteschulen 552 Kinder.

1. Königl. Gymnasium: Schülerzahl: 357 evangelische, 73 auswärtige, Summe 430 Schüler (356 evangelische, 31 katholische, 43 mosaische); Vorlesung des königl. Gymnasiums: Schülerzahl: 104 evangelische, 3 auswärtige, Summe 107 Schüler (84 evangelische, 12 katholische, 11 mosaische). 2. Städt. Gymnasium: Schülerzahl: 414 evangelische, 99 auswärtige, Summe 513 Schüler (381 evangelische, 80 katholische, 52 mosaische). 3. Realgymnasium und lateinlose höhere Bürgerschule zu St. Petri: Schülerzahl im Realgymnasium: 88 evangelische, 30 auswärtige, Summe 118 Schüler; höhere Bürgerschule: 238 evangelische, 72 auswärtige, Summe 310, zusammen 428 Schüler (388 evangelische, 18 katholische und 22 mosaische). 4. Realgymnasium zu St. Johann: Schülerzahl: 325 evangelische, 65 auswärtige, Summe 390 Schüler (353 evangelische, 23 katholische, 14 evangelische und 13 mosaische Schüler). 5. Victoriaschule: Schülerzahl: 502 evangelische, 52 auswärtige, Summe 554 Schüler (449 evangelische, 31 katholische und 74 mosaische Schüler). 6. Rechtstädt. Mittelschule: Schülerzahl: 298 evangelische, 16 auswärtige, Summe 314 Schüler (274 evangelische, 26 katholische, 14 mosaische). 7. St. Katharinen-Mittelschule: Schülerzahl: 316 evangelische, 24 auswärtige, Summe 340 Schüler (310 evangelische, 10 katholische, 7 evangelische, 13 mosaische). 8. Elementarschulen: Schülerzahl: 5911 Anaben, 6223 Mädchen, Summe 12 134 Kinder (7855 evangelische, 4177 katholische, 35 evangelische und 67 mosaische). 9. Taubstummenschule: Schülerzahl: 15 Anaben, 16 Mädchen (16 evangelische, 15 katholische). 10. Privatschulen: 597 Anaben und 1976 Mädchen, Summe 2573 Kinder (davon 1891 evangelisch, 554 katholisch, 14 evangelisch und 114 mosaisch). Von diesen Privatschülern resp. Privatschülerinnen besuchten die Handels-Akademie 102, die Mädchenschule des Hrn. Dr. Weinlig 268, desgl. des Hrn. Dr. Scherler 375, die des Hrn. Mannhardt 231, die katholische des Hrn. Landmann 156, die Pfarrstiftsschule bei der königl. Kapelle 300.



Nach der Volkszählung vom 1. December 1890 hat Danzig 120 338 Einwohner. Es sind darunter: 80 723 evangelische oder 67.08 Proc.; 35 851 katholische oder 29.79 Proc.; 1218 sonst christliche oder 1.01 Proc.; 2535 mosaische oder 2.11 Proc.; 11 andern Religionsbekenntnisses 0.01 Proc. Es befehligen: das königliche Gymnasium 83 Proc. evangel., 7 Proc. kathol., 10 Proc. mosaische Kinder; das städtische Gymnasium 74 Proc. evangel., 16 Proc. kathol., 10 Proc. mosaische Kinder; das Realgymnasium zu St. Petri 91 Proc. evangel., 4 Proc. kathol., 5 Proc. mosaische Kinder; das Realgymnasium zu St. Johann 91 Proc. evangel., 6 Proc. kathol., 3 Proc. mosaische Kinder; die Victoriaschule 81 Proc. evangel., 6 Proc. kathol., 13 Proc. mosaische Kinder; die Mittelschulen 91 Proc. evangel., 5 Proc. kathol., 4 Proc. mosaische Kinder; die Clementarschulen 65 Proc. evangel., 34 1/2 Proc. kathol., 1/2 Proc. mosaische Kinder; die Privatschulen 74 Proc. evangel., 22 Proc. kathol., 4 Proc. mosaische Kinder.

#### Bauverwaltung.

Die wichtigste Frage, welche die städtische Verwaltung gegenwärtig beschäftigt, ist die Angelegenheit betreffend die Einbeziehung des frei werdenden Festungsgeländes auf der West- und auf der Nordfront unserer Stadt und die dadurch ermöglichte Stadterweiterung. Diese Einbeziehung steht, was die Westfront anbelangt, im engsten Zusammenhang mit dem Bau eines Centralbahnhofs vor dem Söhenhofe. Die Verhandlungen, welche mit der Eisenbahnerverwaltung sowie mit dem Militär-Büreau in dieser Hinsicht eingeleitet, sind noch nicht zum Abschluss gekommen. Inzwischen hat aber der Magistrat im Verein mit einer hierzu von den Stadtorbetheuren niedergesetzten Commission sowohl für die Westfront wie für die Nordfront Bebauungspläne aufgestellt. Der Bebauungsplan für die Westfront hat bereits die Zustimmung der Polizeidirection und beider der Communalverwaltung gefunden. Die Genehmigung des Planes durch die Stadtorbetheuren-Versammlung wird eingeholt werden, sobald das Gutachten eingegangen sein wird, welches in dieser Angelegenheit von einer anerkannten Autorität auf diesem Gebiete, dem Stadtbaurath Stübgen in Köln, erbeten ist. Von den im vorjährigen Berichte erwähnten größeren Bauten ist 1. Die Mattenbuden Brücke, veranschlagt auf 125 000 Mk., fertig gestellt und am 19. Juni 1891, nach erfolgter Abnahme, dem öffentlichen Verkehr feierlich übergeben worden. 2. Der Neubau der großflächigen Elementarschule in der Baumgartenschlagasse, welcher auf 120 000 Mk. veranschlagt war, ist vollendet. Die Abrechnung ist noch nicht abgeschlossen; bis jetzt sind 91 711 Mk. verausgabt worden. Von sonstigen Bauausführungen sind hervorzuheben: der Ausbau des Stadtorbetheuren-Saales im Rathhause bis auf die Wandbekleidungen und die Vorderwände der Boden mit einem Kostenbetrage von 11 675 Mk.; die Umgestaltung der Heiz- und Ventilations-Anlagen in der Johannisstraße mit 8154 Mk.; die Restaurierung der Gasseisenbahnstraße und der Figuren, sowie des Mauerputzes, des Scharfens anstreiches und der Vergoldungen der vorderen Fassade des Rathshofes mit 7359 Mk.

Neupflasterungen wurden im Berichtsjahre ausgeführt: Mit Reihensteinen 4970 Qu.-Mtr., mit Polgonsteinen 3015 Qu.-Mtr., in Mosaischpflaster neu gefertigt 1520 Qu.-Mtr., in Altkirchpflaster aus der Promenade von Ranggraben und Mattenbuden zusammen 150 Qu.-Mtr. Umpflasterungen und Reparaturen wurden ausgeführt: in Reihensteinpflaster 1280 Qu.-Mtr., in Polgonsteinpflaster 3800 Qu.-Mtr., in Rundsteinpflaster 13 700 Qu.-Mtr., in Mosaischpflaster 450 Qu.-Mtr., in Gassepflasterungen 3400 Qu.-Mtr. Trottoirs wurden neu verlegt 754 20 laufende Meter. An Bordsteinen kamen bei den Pflasterungen und Trottoirarbeiten zur Auffüllung in Summa 2473.50 laufende Meter. Die Ausgaben für die Neu- und Umpflasterungen betrugen in Summa 85 330 Mk.

Der Bau einer Markthalle ist auf dem Dominihanerplatz in Aussicht genommen. Die für diese Angelegenheit niedergesetzte Commission hat beschlossene, den städtischen Körperschaften den Bau einer solchen Markthalle nach dem Muster der Markthalle V auf dem Magdeburger Platz in Berlin zu empfehlen. Der Magistrat hat sich dem Votum der Commission angeschlossen und wird demnächst die Stadtorbetheuren-Versammlung um die Bewilligung der zur Projectbearbeitung erforderlichen Mittel ersuchen.

#### Verloosungen.

Braunschweig, 1. März. Gerienziehung der Braunschweiger 20 Zähler-Loose: 3 120 293 1291 1339 2440 2724 2796 2803 2926 3417 3618 3627 3876 3896 3960 4762 4785 5373 5404 5459 5544 5726 6053 6724 7354 7499 7756 8093 8421 8895 9303 9641 9754 9970.

München, 1. März. Gerienziehung der bairischen 4 100 Zähler-Loose von 1866: 17 19 57 58 66 86 213 228 259 262 318 321 415 431 463 547 595 596 623 637 654 691 736 756 765 774 826 841 853 1097 1028 1007 1148 1192 1308 1319 1355 1394 1423 1448 1467 1475 1492 1528 1567 1577 1587 1658 1912 1975 2061 2079 2172 2173 2191 2217 2226 2229 2293 2395 2403 2436 2455 2496 2509 2515 2564 2577 2582 2629 2723 2778 2798 2807 2808 2832 2865 3007 3045 3055 3061 3098 3187.

Augsburg, 1. März. Gerienziehung der Augsburger 7-31-Loose. 6000 31. Serie 1307 Nr. 34; 500 31. Serie 1307 Nr. 74. Serie 1711 Nr. 2; 100 31. Serie 592 Nr. 20. Serie 721 Nr. 52. Serie 1092 Nr. 89. Serie 1648 Nr. 59. Serie 2073 Nr. 56; 50 31. Serie 739 Nr. 21. Serie 1052 Nr. 37. Serie 1226 Nr. 88. Serie 1614 Nr. 33. Serie 1699 Nr. 21. Serie 1699 Nr. 54. Serie 1699 Nr. 89. Serie 1925 Nr. 83. Serie 2044 Nr. 11. Serie 2073 Nr. 30; 40 31. Serie 592 Nr. 70. Serie 721 Nr. 55. Serie 739 Nr. 18. Serie 739 Nr. 89. Serie 1052 Nr. 5. Serie 1052 Nr. 36. Serie 1052 Nr. 90. Serie 1092 Nr. 87. Serie 1226 Nr. 30. Serie 1285 Nr. 85. Serie 1285 Nr. 60. Serie 1307 Nr. 38. Serie 1307 Nr. 69.

Ser. 1614 Nr. 83, Ser. 1648 Nr. 52, Ser. 1680 Nr. 50, Ser. 1680 Nr. 76, Ser. 1699 Nr. 11. Ser. 1699 Nr. 13, Ser. 1699 Nr. 58, Ser. 1699 Nr. 84. Ser. 1711, Nr. 78. Ser. 1711 Nr. 46, Ser. 1925 Nr. 89. Ser. 2044 Nr. 82, Ser. 2044 Nr. 46, Ser. 2044 Nr. 64. Ser. 2073 Nr. 54; 30 31. Serie 563 Nr. 25. Serie 563 Nr. 56, Ser. 563 Nr. 66, Ser. 592 Nr. 28, Ser. 592 Nr. 57, Ser. 592 Nr. 74. Serie 721 Nr. 21, Ser. 721 Nr. 22, Ser. 721 Nr. 64, Ser. 739 Nr. 48, Ser. 739 Nr. 63, Ser. 739 Nr. 96, Ser. 1052 Nr. 26, Ser. 1052 Nr. 85, Ser. 1052 Nr. 89, Ser. 1092 Nr. 49, Ser. 1125 Nr. 46, Ser. 1226 Nr. 71, Ser. 1226 Nr. 91, Ser. 1285 Nr. 81, Ser. 1307 Nr. 50, Ser. 1307 Nr. 61, Ser. 1476 Nr. 46, Ser. 1476 Nr. 61, Ser. 1680 Nr. 65, Ser. 1680 Nr. 75, Ser. 1699 Nr. 88, Ser. 1711 Nr. 88, Ser. 1925 Nr. 22, Ser. 1925 Nr. 25, Ser. 1925 Nr. 42, Ser. 2044 Nr. 48, Ser. 2044 Nr. 95, Ser. 2073 Nr. 74.

Wien, 1. März. Gerienziehung der österr. 1864er Loose: 73 158 396 413 460 551 987 1403 1676 1716 1779 2032 2058 2109 2140 2447 2581 2586 2605 2997 3200 3369 3466 3526 3702 3748 3929. — 150 000 31. fielen auf Serie 2032 Nr. 42, 20 000 31. Ser. 1716 Nr. 63, 10 000 31. Ser. 1716 Nr. 68, je 5000 31. Ser. 1403 Nr. 17, Ser. 3466 Nr. 52, je 2000 31. Ser. 158 Nr. 89, Ser. 3929 Nr. 74, je 1000 31. Ser. 2032 Nr. 23, Ser. 2109 Nr. 40, Ser. 2109 Nr. 88.

#### Standesamt vom 1. März.

Geburten: Gerichts-Assistent Friedrich Johs. E. — Zimmergasse Anton Vincent Wessalowski, S. — Feldwibel und Zählmeister Aspirant im Infanterie-Regiment Graf Dönhofs Johannes Stryger, E. — Schneidergasse Heinrich Schmidhe, E. — Arbeiter Anton Pohreike, E. — Tischlergasse Hermann Koch, E. — Glasermeister Friedrich Stenzel, E. — Schuhmachergasse Valentin Zarara, S. — Seefahrer Eustav Neumann, E. — Färbereibesitzer Theodor Wagner, E. — Kunstgärtner Adolf Krause, E. — Arbeiter Johann Freimann, E. — Unehel.: 1 E.

Aufgeföhrt: Arb. Johann Benjamin Spruth zu Wehlinken und Maria Wilhelmine Klingenberg hier. — Bahnarbeiter Paul Ernst Julius Wolf zu Eufstin und Julianna Hallmann daselbst. — Handlungsgch. Johannes Gustav Meyer hier und Margarethe Anna Auguste Konarski zu Königsberg.

Heirathen: Arbeiter Karl August Eduard Kling und Emilie Pohl. — Schneidermeister August Bendig aus Gerswalde und Auguste Hinz, geb. Reihowski von hier. — Büchsenmacher-Anwärter Ludwig Hermann Alchmann und Daleska Olga Selma Domjalla. — Schneidergasse Johann Trog und Franziska Lubwika Wendt.

Todesfälle: E. d. Arbeiters Heinrich Zimme, 7 M. — Frau Christine Kofette Höpfer, geb. Blum, 73 J. — Dienstmädchen Auguste Höpfer, 25 J. — Unehel.: 1 Tochter.

#### Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 1. März. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteinischer loco neuer 210—216. — Roggen loco rubig, mecklenburger loco neuer 215—220, russ. loco rubig, neuer 188—190. — Hafer rubig. — Gerste rubig. — Hülsen (unverzehrt) rubig, loco 57.00. — Spiritus behauptet, per März-April 35 1/2 Br., per April-Mai 35 1/2 Br., per August-Septbr. 36 1/2 Br., per Septbr.-Oktbr. 36 Br. — Raffee rubig, Umsatz 1500 Cch. — Petroleum rubig, Standard white loco 6.35 Br., per August-September 6.25 Br. — Welter: Bedacht.

Hamburg, 1. März. Zuckermarkt. (Schlussbericht.) Rübenzucker 1. Product Basis 88 Rendement neue Waare, f. a. B. Hamburg per März 14.20, per Mai 14.55, per Aug. 14.87 1/2, per Oktober 13.17 1/2. Rubia.

Hamburg, 1. März. Raffee. Good average Santos per März 67 1/2, per Mai 67 1/2, per Septbr. 64 1/2, per Debr. 62 1/2. Behauptet.

Bremen, 1. März. Raffee. Petroleum. (Schlussbericht.) Raff. raff. Schwarz, loco 6.40 Br.

Havre, 1. März. Raffee. Good average Santos per März 89.50, per Mai 87.00, per September 83.25. — Behauptet.

Frankfurt a. M., 1. März. Effecten-Gesellschaft. (Schlussbericht.) Deutscher Credit-Actien 263, Franzosen 247 1/2, Lombarden 75 1/2, ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 134.90, Disconto-Commandit 179.60, Dresdener Bank 132.90, Bodener Creditbank 104.80, Dortmunder Union St.-Pr. —, Eisenbahn 133.00, Harpener 135.80, Sibiria 121.50, Laurahütte 99.10, 3% Portugiesen 26.50, Still.

Wien, 1. März. (Schluss-Course.) Defferr. Papierre 94.70, do. 5% do. 102.50, do. Silberrente 94.20, 4% Goldrente 111.50, do. ungar. Goldrente 107.75, 5% Papierrente 102.00, 1860er Loose 140.00, Anglo-Aust. 155.50, Cänderbank 204.60, Creditact. 308.12 1/2, Unionbank 235.75, ungar. Creditact. 345.50, Wiener Bankverein 112.00, Böhm. Westbahn 346.00, Böhm. Nordb. 184, Buda, Eisenbahn 444.00, Dux-Bodenbacher —, Elbe-Walden 227.50, Ferd. Nordbahn 285.00, Franzosen 283.37 1/2, Galizier 212.00, Cernberg-Gern. 246.50, Lombard. 85.25, Nordwestb. 209.00, Parubischer 183.50, Alp.-Mont.-Act. 62.00, Tabakactien 163.50, Amsterd. Wechsel 97.65, Deutsche Platte 57.95, Londoner Wechsel 118.35, Pariser Wechsel 46.92 1/2, Napoleons 9.38 1/2, Marknoten 57.95, Russische Banknoten 1.18 1/2, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 1. März. Getreidemarkt. Weizen per März 233, per Mai 240, Roggen per März 222, per Mai 228.

Berlin, 1. März. (Schluss-Course.) 3% amortis. Rente 97.45, 3% Rente 96.32 1/2, 4 1/2% Anl. 105.12 1/2, 5% italien. Rente 88 7/8, österr. Goldr. 96, 4% ungar. Goldrente 92.37 1/2, 3% Orientanleihe 65.12, 4% Russen 1880 93.30, 4% Russen 1889 93.60, 4% unific. Ägypter 481.87, 4% span. äuf. Anleihe 60 1/2, convert. Türken 19.22 1/2, türk. Coofe 73.16, 5% privilegierte türk. Obligationen 423.70, Franzosen 617.50, Lombarden 207.50, Comb. Prioritäten 304.00, Credit foncier 1221, Rio Tinto-Actien 427.50, Guaymalan-Actien 2702.00, Banque de France 4480, Wechsel auf deutsche Platte 122 1/2, Londoner Wechsel 25.21, Cheques a. London 25.22 1/2, Wechsel Amsterdam kurz 206.06, do. Wien kurz 211.00, do. Madrid kurz 433.00, Neue 3% Rente 95.45, 3% Portugiesen 26.50, neue 3% Russen 76.18, Banque ottomane 541.00, Banque

de Paris 637.00, Banque d'Escompte 192, Credit mobilier 145, Merid.-Actien 607, Panamakanal-Actien 20, do. 5% Obliga. 22.00, Cas. Parifien 1477, Credit Epionais 786.00, Cas pour le Tr. et l'Et. 474.50, Transatlantique 459, Dille de Paris de 1871 411, Tab. Ottom. 357, 2 1/2% engl. Conf. 98 1/4, C. d'Escompt 490, Robinson-Actien 81.20.

London, 1. März. An der Röhle 1 Weizenladungen angeboten. Welter: Nachhakt.

London, 1. März. (Schluss-Course.) Engl. 2 1/2% Consols 95 1/2, Br. 4% Consols 105, italienische 5% Rente 88 1/8, Lombarden 8 1/4, 4% conf. Russen von 1889 (2. Serie) 93 1/2, convert. Türken 19 1/2, österr. Silberrente 79, österr. Goldrente 95, 4% ungarische Goldrente 91 1/2, 4% Spanien 60 1/2, 3 1/2% priv. Ägypter 89 1/4, 4% unific. Ägypter 95 1/2, 3% garant. Ägypter —, 4 1/4% ägypt. Tributanteile 93 1/4, 6% conf. Mexikaner 81, Ottomanbank 11 1/2, Suezactien —, Canada-Pacific 92 1/2, De Beers-Actien neue 143 1/2, Rio Tinto 17, 4% Rupees 69 1/2, Argentinische 5% Goldanleihe von 1886 61 1/2, do. 4 1/2% äußere Goldanleihe 29, Neue 3% Reichsanleihe 84 1/4, Silber 41 1/2, Disconto 2 1/4. — Wechselnotierungen: Deutsche Platte 20.55, Wien 11.99, Paris 25.40, Petersburg 23 1/2.

Glasgow, 1. März. Rohelien. (Schluss.) Mixed numbers warrants 40 sh. 4 d. bis 40 sh. 6 d.

Liverpool, 1. März. (Getreidemarkt.) Weizen 1 1/2 d., Mais 1 1/2 d. niedriger, Mehl ruhig. Welter: Trübe.

Petersburg, 1. März. Weizen auf London 100.65, do. Berlin 49.42 1/2, do. Amsterd. —, do. Paris 39.97 1/2, 1/2-Imperial 805, russ. Dräm.-Anleihe von 1894 102, do. 1888 226 1/4, russ. 2. Orientanl. 102, do. 3. Orientanleihe 102 1/2, do. 4% innere Anleihe —, do. 4 1/2% Bodencredit-Pfandbriefe 151 1/2, Große russ. Eisenbahnen 254, russ. Südbalt.-Act. 114 1/4, Petersburger Discontobank 550, Petersburger intern. Handelsbank 459, Petersburger Privat-Handelsbank 294 1/2, russ. Bank für auswärt. Handel 266, Warshauer Discontobank —, russ. 4 1/2% 1889er Conf. 149, Privatbank 4 1/4.

Petersburg, 1. März. Productenmarkt. Salz loco 57.00, per August —, Weizen loco 14.50, Roggen loco 12.50, Hafer loco 5.25, Hauf loco 46.00, Leinsaat loco 15.50. — Frost.

Newyork, 1. März. Wechsel auf London 4.85, — Rother Weizen loco 1.06 1/2, per März 1.03 1/4, per April 1.03 1/2, per Mai 1.01 1/4, — Mehl loco 4.00, — Mais 50. — Fracht 3 1/4. — Zucker 3.

Newyork, 29. Februar. Billie Supply an Weizen 41 110 000 Bushels, do. an Mais 10 387 000 Bushels.

Newyork, 29. Februar. (Schluss-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4.85, Cable-Transfers 4.88, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.19 1/2, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95 1/4, 4% fund. Anleihe 115 1/2, Canad. Pacific-Actien 90 1/4, Central-Pacific-Actien 31 1/2, Chicago u. North-Western-Actien 117 1/2, Chic. Mil.-u. St. Paul-Actien 79 1/2, Illinois-Central-Actien 105, Lake-Shore-Michigan-South-Actien 125 1/2, Louisville u. Nashville-Actien 74 1/2, New. Lake-Erie u. Western-Actien 32 1/2, New. Central u. Hudson-River-Act. 116, Northern-Pacific-Preferred-Act. 68, Norfolk u. Western-Preferred-Actien 50 1/4, Alphonso Lopez und Santa Fe-Actien 39 1/4, Union-Pacific-Actien 47 1/2, Denver u. Rio-Grand-Preferred-Actien 52, Silber-Bullion 90 1/2.

Baumwolle in Newyork 7 1/2, do. in New-Orleans 6 1/2, Raffin. Petroleum Standard white in Newyork 6.40 Cb., do. Standard white in Philadelphia 6.35 Cb., rohes Petroleum in Newyork 5.70, do. Pipe-line Certificates per März 57 1/4, Stiem. fest. — Schmalz loco 6.77, do. Roche u. Brothers 7.10. — Zucker (Fair refining Muscovados) 3. — Raffee (Fair Rio) 15, Rio Nr. 7, low ord. per März 13.52, per Mai 12.77.

Newyork, 1. März. Weizen-Verschieffungen in der letzten Woche von den atlantischen Häfen der vereinigten Staaten nach Großbritannien 67 000, do. nach Frankreich 56 000, do. nach anderen Häfen des Continents 6 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 34 000, do. nach anderen Häfen des Continents — Aris.

Chicago, 29. Februar. Weizen per Februar 83, per Mai 89 1/2, Mais per März 41 1/2, Speck short clear 6.25, Pork per März 11.20, Weizen einige Zeit fleig nach Eröffnung, später Reaction, Schluss trübe. Mais schwach.

#### Danziger Weizennotierungen vom 2. März.

Weizenmehl per 50 Kilogr. Raitermehl 21.00 M. — Extra superfine Nr. 000 18.00 M. — Superfine Nr. 00 16.00 M. — Feine Nr. 1 15.00 M. — Feine Nr. 2 13.00 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 7.80 M.

Roggenmehl per 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 18.00 M. — Superfine Nr. 0 17.00 M. — Mischung Nr. 0 und 1 16.00 M. — Feine Nr. 1 14.60 M. — Feine Nr. 2 13.20 M. — Schrotmehl 12.80 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 7.80 M.

Reien per 50 Kilogr. Weizenkleie 6.20 M. — Roggenkleie 6.60 M.

Graupen per 50 Kilogr. Perlgraupe 22.50 M. — Feine mittel 19.00 M. — Mittel 17.00 M. — Ordinaire 15.50 M. — Grünen per 50 Kilogr. Weizengrühe 19.00 M. — Gerstengrühe Nr. 1 18.00 M. Nr. 2 16.50 M. Nr. 3 15.00 M. — Safergrühe 18.00 M.

#### Produktenmärkte.

Königsberg, 1. März. (v. Dorlatius u. Grothe.) Weizen per 1000 Rthl. hochbunter 121 1/2, rotber 124 1/2, 200 M. mit Roggen Sommer 126 7/8 und 131 1/2, 202 M. mit Roggen per 1000 Rthl. inländ. 113 1/2, 195, 118 1/2, 198, 120 1/2, 199, 116 1/2, 200 M. per 120 1/2.

Erbsen per 1000 Rthl. graue russ. 115, 116 M. bei.

Wicken per 1000 Rthl. russ. 100 M. bei.

Spiritus per 1000 Liter u. ohne Zeh loco continen- 47 1/2 M. Cb. nicht continen- 45 M. Cb. per März nicht continen- 45 M. Cb. per Frühjahr nicht continen- 47 M. Cb. per Juni nicht continen- 48 1/2 M. Cb. per Juli nicht continen- 49 M. Cb. per August nicht continen- 49 1/2 M. Cb. — Die Notierungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 1. März. Getreidemarkt. Weizen fester, loco 205—220, per April-Mai 216.00, per Mai-Juni 217.00, — Roggen fester, loco 200—210, per April-Mai 220.00, per Mai-Juni 216.00, — Sommerhafer loco neuer 150—160, — Hübsel matter, loco per April-Mai 54.50, per September-Oktober 54.50.

Spiritus fest, loco ohne 50 M. Consumsteuer —, 70 M. Consumsteuer 44.50, per April-Mai 45.30, per August-September 46.59, — Petroleum loco 11.00.

Berlin, 1. März. Weizen loco 205—220 M., per April-Mai 202.50—203.50—203 M., per Mai-Juni 204.25—204.75 M., per Juni-Juli 205.75—207 bis 208.75 M., — Roggen loco 206—217 M., außer inländ. 212—213.50 M., fein inländ. 214—215 M., ab Bahn, per April-Mai 215—217.50—217 M., per Mai-Juni 212.50—214.50—214 M., per Juni-Juli 209—

#### Berliner Fondsbörse vom 1. März.

besonders 3procentige wieder lebhafter. Fremde, festen Zins tragende Papiere erwiesen sich gleichfalls lebhaft; namentlich russische Anleihen anziehend und ziemlich belebt, auch Italiener etwas besser. Russische Noten steigend und leicht gehandelt. Der Privatdiscont wurde mit 1 1/2 % notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österr. reichliche Creditactien nach schwachem Beginn in festerer Haltung mächtig lebhaft auf; Franzosen und Lombarden fester. Inländische Eisenbahnactien sehr ruhig und wenig verändert. Bankactien in den Kassaverien ruhig. Inbetrüppapiere fest aber summtlich ruhig; Montanwerthe anfangs schwach, später fester und lebhafter.

#### Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	3 1/2	106.60
do. do.	3 1/2	98.75
do. do.	3	84.60
do. do.	3 1/2	106.40
Ronfolidirte Anleihe	3 1/2	99.00
do. do.	3	84.70
Glaats-Schuldcheine	3 1/2	99.90
Dispreuß. Prov.-Oblig.	3 1/2	93.66
Wespr. Prov.-Oblig.	3 1/2	94.00
Canlid. Centr.-Pfdbr.	3 1/2	96.30
Dispreuß. Pfandbriefe	3 1/2	95.00
Bommerische Pfandbr.	3 1/2	96.50
Bolsenke neue Pfdbr.	3 1/2	101.70
do. do.	3 1/2	95.70
Westpreuß. Pfandbriefe	3 1/2	95.20
do. neue Pfandbr.	3 1/2	95.20
Bomm. Rentenbriefe	4	102.75
Bolsenke do.	4	102.70
Breuhische do.	4	102.75

#### Rumänische amort. Anl.

do. 4% Rente	5	96.90
do. 4% Rente	4	82.75
Zürh. Admin.-Anleihe	5	85.00
Zürh. cons. 1% Anl. C. d.	1	18.90
Gerbische Gold-Pfdbr.	5	87.50
do. Rente	5	80.00
do. neue Rente	5	80.52
Griech. Goldanl. v. 1890	5	59.75
Mexican. Anl. v. 1890	6	79.50
do. Eienb. St.-Anl.	5	67.90
(1 Pdr. = 20.40 M.)	5	67.90
Rom. II.-VII. Serie (gar.)	4	79.10

#### Hypotheken-Pfandbriefe.

Dan. Hypoth.-Pfandbr.	4	99.90
do. do.	3 1/2	91.10
Dith. Grundb.-Pfandbr.	4	101.00
Sanb. Hypoth.-Pfandbr.	4	100.50
do. unkündb. b. 1900	4	101.70
Meininger Hypoth.-Pfandbr.	4	100.80
Nordb. Grd.-Cdb.-Pfandbr.	4	100.90
Bomm. Hypoth.-Pfandbr.	4	98.10
do. do.	3 1/2	92.50
III. IV. Em.	4	101.30
V. VI. Em.	4	101.30
Dr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 1/2	115.25
Dr. Central-Bod.-Cr.-B.	4	101.30
do. do.	3 1/2	93.80
do. do.	4	103.30
Dr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	101.30
Dr. Hypoth.-D.-A.-C.-C.	4 1/2	101.00
do. do.	3 1/2	93.00
Stettiner Nat.-Hypoth.	4	94.10
do. do.	4 1/2	103.80
do. do.	4	100.50
Russ. Bod.-Cred.-Pfandbr.	5	101.00
Russ. Central.	5	84.50

#### Lotterien-Anleihen.

Ved. Prämien-Anl. 1867	4	139.00
Baier. Prämien-Anleihe	4	—
Braunsch. Pr.-Anleihe	—	—
Goth. Präm.-Pfandbr.	3 1/2	112.00
Hamburg. 50thbr.-Coofe	3	134.60
Kön.-Mind. Pr.-G.	3 1/2	135.50
Lübener Präm.-Anleihe	3 1/2	123.25
Defferr. Coofe 1854	4	122.40
do. Cred.-C. v. 1858	—	331.50
do. Coofe von 1860	5	124.20
do. do. 1864	—	—
Döbenburger Coofe	5	129.10
Dr. Präm.-Anleihe 1855	3 1/2	1